

# Correspondent.

**Bezugspreis** vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 1 M., monatlich 35 Pf.; durch die Postträger und die Post bezogen 1,20 M., durch den Postboten ins Haus 1,25 M., Einzelnummer 5 Pf.  
**Abgabe** vierteljährlich 6 mal vorwärts bei 6 Uhr, mit Übernahme der Tage nach dem 2. Postzuge; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
• seittiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modellebeilage.  
• seittige landwirtschaftliche u. handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die erste Zeile oder deren Raum 8 Pf., für drei Wochen 20 Pf., vierteljährlich 15 Pf. Kleinere Anzeigen 5 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Zusagen werden von unserer Geschäftsstelle (sowie sämtlichen Anzeigenstellen) entgegengenommen.  
— Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet —  
Für unerlangte Einsparungen nicht keine Gewähr übernommen.

Nr. 7.

Mittwoch den 10. Januar 1906.

32. Jahrg.

## Das deutsche Marokko-Weißbuch.

Montag vormittag hat das „Maffische Telegraphen-Bureau“ Auszüge aus dem Marokko-Weißbuch, das am Dienstag den Mitgliedern des Reichstags zugestellt wird, veröffentlicht. Das Weißbuch ist ein Heft von 42 Seiten und enthält 27 Nummern. Es beginnt mit der Wiedergabe einer englischen und einiger französischen Stichproben von Zeitungsausschnitten, welche einerseits die in französischen Kreisen gegenüber Marokko gehegten Monopolwünsche beleuchten, andererseits befinden, daß der französische Gesandte in Fez sich auf ein Mandat Europas zur Durchführung der Reformen berufen habe. Diese Zeitungsausschnitte sind aus der Zeit von Januar bis zum April 1905.

Auch das erste amtliche Schriftstück, das mitgeteilt wird, ein Bericht des deutschen Konsuls in Fez vom 21. Februar 1905, handelt von der Mandatsfrage. Der Sultan kam gegenüber dem Konsul in einer Unterredung vom gleichen Tage auf die allgemeine Frage zu sprechen und sagte: Er halte daran fest, drei, nein vier Nationen gleich zu behandeln: Deutschland und England wegen ihres Handels mit Marokko, Frankreich und Spanien auch wegen der Nachbarschaft. Er fragte, ob sich der französische Gesandte auf ein allgemeines Mandat berufen könne. Der Konsul erwiderte: Solches Mandat sei deutscherseits nicht erteilt. Der Sultan gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß Deutschland sich der französischen Union nicht angeschlossen habe.

Am 21. April berichtet der Konsul über den Einbruch der vom Minister Delcassé am 31. März in französischen Senat abgegebenen Erklärung in der Marokkofrage. Der Sultan sei besonders über die Stelle aufgebracht, wo Herr Delcassé sagt, daß die marokkanische Regierung die Ratsschlüsse Frankreichs erbeten und, nachdem diese erteilt worden, die Erklärung abgegeben habe, diese Ratsschlüsse befolgen zu wollen. Der Konsul berichtet weiter: In einer Audienz, die ich heute bei dem Sultan hatte, kam derselbe ebenfalls darauf zu sprechen und verließ sich dabei zu dem Ausbrüche: „Aber das sind ja reine Unwahrheiten!“ Ich erzählte ihm dann auch, daß die Franzosen die Nachträge bemängelten, daß Herr Saint René Taillandier sich hier auf ein europäisches Mandat berufen hatte. Der Sultan bemerkte dazu: „Mit selbst gegenüber haben sich die Franzosen in diesem Sinne ausgesprochen.“ Auf meine Frage, wer es gewesen sei, erwiderte der Sultan: „Herr Saint René selbst!“ und fügte hinzu: „Ich habe dann gefragt: Wer sind denn die Nationen? da ich wußte, daß Deutschland und Italien solches Mandat nicht erteilt haben. Herr Saint René hat darauf nichts erwidert und ich habe daraus meine Schlüsse gezogen, die der Verfolg mit bestätigt hat.“

Am 15. Mai meldet dann der deutsche Gesandte Graf Tattenbach folgende Erklärung des Sultans: Die Ausrufung, welche Herr Delcassé nach dem Kaiserbesuch in der Deputiertenkammer gemacht habe, die marokkanische Regierung habe die französischen Reformvorschlüsse im Prinzip angenommen, entspreche ebenso wenig der Wahrheit, wie die Behauptung des französischen Gesandten, daß er im Auftrage Europas spreche. Von vornherein habe er die Richtigkeit der letzteren Angabe bezweifelt und habe lebhafteste Freude empfunden, daß die Sachlage inzwischen klargestellt sei. Er habe den Franzosen bisher nicht das geringste Zugeständnis gemacht, sondern die Ankunft des deutschen Gesandten abgewartet, um die Verhältnisse eingehend zu befragen. Graf Tattenbach fügt hinzu: „Der Sultan ist augenblicklich von dem Bewußtsein durchdrungen, daß es sich gegenwärtig für ihn und sein Reich um Sein oder Nichtsein handelt und daß die Verantwortung und Entscheidung bei ihm allein liegt.“

Zwei Tage später berichtet der deutsche Gesandte, daß unmittelbar nach seiner Ankunft in Fez dort der französische Gesandte im Auftrage des Ministers Delcassé erklärt habe, die französische Regierung würde es als eine Beeinträchtigung ihrer Interessen ansehen, wenn die französischen Reformvorschlüsse den Signatarmächten zur Kenntnisnahme und Ausrufung unterbreitet würden. Das Recht, in marokkanischen Angelegenheiten zu intervenieren, stehe keines anderen Macht zu. Der Annahmeherr der französischen Vorschläge müsse sich die marokkanische Regierung fügen, da sie nicht in der Lage sei, Ruhe und Ordnung im Lande zu schaffen. Die französische Regierung behalte sich vor, je nach den Umständen zu handeln und die Dinge in Marokko scharf zu überwachen.

Ein Erlaß des Reichskanzlers an den Botschafter in Paris vom 22. Mai faßt den Inhalt und den Eindruck dieser Meldungen dahin zusammen, daß sie nicht geeignet seien, die Ansicht von dem kürmischen Charakter der bisherigen Marokkopolitik des Herrn Delcassé zu ändern. Der Vertreter Frankreichs wolle ohne weiteres Beschlag auf Marokko legen und dem Sultan den Verkehr mit den übrigen Vertragsstaaten verbieten. Nach Herrn Rouviers bisherigen Äußerungen halte sich der Reichskanzler zu der Annahme berechtigt, daß der Ministerpräsident diese Art des Vorgehens mißbillige.

Eine weitere Reihe von Schriftstücken bezieht sich auf die Unterlassung der offiziellen Mitteilung des französisch-englischen Abkommens durch Herrn Delcassé. Am 12. April ergab ein Erlaß des Reichskanzlers an mehrere Missionen, in dem zu dieser Frage wie folgt Stellung genommen wird:

Es ist falsch, daß das französisch-englische Marokko-Abkommen der deutschen Regierung schriftlich oder mündlich zur Kenntnis gebracht worden sein soll. Herr Delcassé hat zwar wiederholt dem kaiserlichen Botschafter hier und da Andeutungen allgemeiner Art gemacht über unsichere Zustände in Marokko und über die Notwendigkeit, welche sich daraus für Frankreich ergebe, auf die Sicherung seiner abgesehenen Ökonomie zu sein. Als aber in voriger Woche Herr Delcassé die nach der englisch-französischen Konvention der deutsche Botschafter an Herrn Delcassé eine Frage richtete, welche sich auf den Inhalt jenes Abkommens bezog, erwiderte der Minister nur: „Sie finden das alles im Gelbbuch.“

Im nächsten Tage lud Herr Delcassé Gelegenheit, sich über diese Frage gegenüber dem deutschen Botschafter zu äußern. Er kam auf das vor dem Abschluß des Abkommens mit dem kürmischen Redaktor stattgehabte Gespräch zurück und bemerkte, wie der Botschafter am 14. April berichtet, spontan, diese damalige vertrauliche Unterhaltung habe keineswegs den Charakter einer amtlichen Kommunikation gehabt noch haben sollen. Der Botschafter erwiderte hierauf: Herr Delcassé erhalte von dieser seiner Erklärung; denn zu seinem höchsten Erstaunen hätte die Pariser offizielle Presse die Tatsache verdetzt und ein amtliches Communiqué aus einem gelegentlichen Gespräch heraus konstruieren wollen, was er nicht ohne weiteres hinhinnehmen könnte. Dies bejahte Herr Delcassé. Zur Motivierung der unterlassenen amtlichen Mitteilung des Abkommens führte Herr Delcassé an, daß es in London abgeschlossen und dieselbe zu gleicher Zeit der kaiserlichen Regierung dieses Schriftstück mitgeteilt, das sofort der Öffentlichkeit übergeben worden sei. Dagegen habe er den spanisch-französischen Vertrag in Paris unterzeichnet und ihn vor der Veröffentlichung dem Herrn v. Bichsel durch Herrn Bihourd mitteilen lassen. Herr Delcassé habe fort, er habe geglaubt, durch die Mitteilung dieses aus dem englisch-französischen Abkommen entpringenden Vertrages für alle gelöst zu haben.

Dieser Vorlesung tritt ein Erlaß des Reichskanzlers nach Paris vom 1. Mai entgegen. Darnin heißt es: Daß ein diplomatisches Verfahren von solcher Tragweite wie das Marokko-Abkommen nicht auf Grund mündlicher und fragmentarischer Wiedergabe beruhen kann, bedarf keines Beweises. Für Eröffnungen von solcher Wichtigkeit ist die schriftliche Form die durch den diplomatischen Gebrauch sanktionierte. Die formelle und materielle Zuständigkeit der im Laufe des vorigen Jahres von Herrn Delcassé durch Herrn Bihourd und durch Herrn Bihourd hierbei übermittelten Andeutungen und Fingergänge ist eine Tatsache, über welche keiner der beiden Teile sich nachträglich hinwegsetzen kann. Ob bei diesen Andeutungen ein Wink mehr oder weniger gegeben wurde, ist ein unerheblicher Umstand, welcher keine Remedialmaßnahme von Grund aus unvollständigen Charakter des Ganges. Die Veröffentlichung in „Journal

officiel“ könne diese direkte Mitteilung nicht ersetzen, denn beide Arten der Bekanntgabe hätten einen gleichberechtigten Charakter. Die direkte Mitteilung ist nicht ein bloßer Akt der Courtoisie, sondern die französische Regierung hätte sich dadurch implizite den Adressanten gegenüber bereit erklärt, über deren Interessen, falls sie dieselben berührt glaubten, in Erwägungen einzutreten. Die Veröffentlichung in französischen Amtsblättern hingegen stellt die unbedingten Mitinteressierten einfach vor die vollendete Tatsache. — Die Anerkennung des deutschen Standpunktes erfolgt durch Herrn Rouvier in dem Exposé vom 21. Juni, welchem der Text des französisch-englischen Marokko-Abkommens beigefügt ist.

Ueber das in Fez von Herrn Saint-René-Taillandier entwickelte Reformprogramm bringen meine Berichte aus Fez vom 7. März und 30. Mai reichhaltiges Material bei, das sich auf militärische, finanzielle, Zoll- und Verwaltungsangelegenheiten bezieht. Zum Schluß meldet der Konsul noch: Es gibt als wahrscheinlich, daß die Franzosen alljährlich mehrere Monate hier residieren wollen, um Hof und Mächten an ihre dauernde Intervention zu gewöhnen.

Ausführlicher gibt der Bericht des Grafen Tattenbach vom 30. Mai den Inhalt der Vorträge des französischen Gesandten an. Als nötige Reformen seien in erster Linie bezeichnet worden Polizei, Militärorganisation und Finanzorganisation unter Erstrebung einer Vermehrung der Einkünfte. An der allerersten Grenze sei die Gebuld der französischen Behörden, an der ganzen Nord- und Westküste die Gebuld der Fremden überhaupt erschöpft. Freie die Regierung nicht mit der Tat an eine Besserung der Zustände heran, und müßte er, der französische Gesandte, ohne Erfolg ablassen, so werde sich Frankreich gedrängt sehen, diese Reformen auf eigene Hand zu bewerkstelligen und werde Dinge tun müssen, die ihm heut nicht lieb seien. Graf Tattenbach berichtet weiter: „Das Gewicht dieser Drohung ist verhärtet durch den Hinweis darauf, daß die mit für Algerien unentgeltlichen Beihilgungen verknüpften Kämpfe bei Uda die Gefahr des Ruftandes von Fez zwar abgezogen hätten, der Aufstieg aber bei gewalttätigen französischen Vorgehen wieder auf Fez zurückzuführen werden würde. Vor diesem Hintergrund erscheint der Rat zu den Reformen tatsächlich als ein Zwang zu denselben.“ Der Bericht Tattenbachs bringt dann Einzelheiten über die von Frankreich vorgeschlagene Geresreform und die Truppenentriegelung.

Zusammenfassend sagt Graf Tattenbach: „Es sollen alle französischen Franzosen, sämtliche Kompaniedieses und Interoffiziere Algerier sein. Es liegt auf der Hand, daß in der vorgezeichneten Organisation die Förderung rein französischer Interessen ihren unvermeidlichen Ausdruck findet. Dasselbe gilt bezüglich der Gründung von Polizeitruppen in den Küstenstädten, die der Gesandte kurz skizziert hat. An jedem Ort sollen ein Franzose und ein Algerier als „Infrastruktur“ an die Spitze der Truppe gestellt werden. Da der französische Polizeistruktur sich binnen kurzem zur obersten und leitenden südlichen Behörde entwickeln und damit der Chef des gesamten zur Stadt gravitierenden Distrikts werden würde, so ist hier der erste Anfang zum „contrôle civil“ nach innerem Muster gegeben.“ Bei den Vorschlägen für die Finanzreform und die Hafenanlagen trat gleichfalls die Absicht klar zutage, die marokkanische Finanzverwaltung förmlich unter französische Kontrolle zu bringen. Tattenbach führt das im einzelnen aus. Im Laufe der Verhandlungen über den Kontrolldienst des Zollwesens erklärte der französische Gesandte: die französische Regierung sei bestrebt, die Souveränität und Freiheit des Mächten zu achten, sie könne aber nicht erlauben, daß eine fremde Macht sich zwischen Marokko und Frankreich stelle. Frankreich habe ein scharfes Ohr und klare Augen für alle Worte und Handlungen des Mächten. Der Mächten müsse sich der schärfsten Verantwortung bewußt sein, die er auf sich lege, wenn er fortfahre, die in den Verträgen und Abmachungen begründeten Rechte Frankreichs zu mißachten.“



Die weiteren Mitteilungen beziehen sich auf den Hafenbetrieb, die Gründung einer marokkanischen Staatsbank unter französischer Direktion, Regulierung des Kurfes der Landesmünze, Gewährung eines Notenausgabepriwilegs und die Gründung eines Kredits von 12 Millionen zur Durchführung der notwendigen Reorganisation.

Abschließend bemerkt Graf Tattenbach zu diesem Programme: „Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Durchführung dieser Vorschläge die wirtschaftliche Angliederung Marokkos an Frankreich zur Folge hätte. Besonders charakteristisch in dieser Hinsicht ist das Bestreben, das gesamte Finanzwesen durch eine privilegierte Notenbank, das gesamte Exportgeschäft durch ein Warenspeditionunternehmen und — durch die mit diesem Unternehmen in eine lose Verbindung gebrachte generelle Erlaubnis zum Außenverkehr — die gesamte Aufstellungspolitik in französische Hände zu bringen. Die dürftigen Boden, die für den nichtfranzösischen Handel oder nichtfranzösischen Unternehmungen abfallen sollen, sind nicht geeignet, die Bestrebungen zu zerstreuen, daß ein in eine derartige Abhängigkeit von Frankreich wirtschaftlicher Sphäre gebrachtes Marokko nur für die Interessen der Mächte zu bieten vermöchte.“

Aus einem Bericht vom 6. Juni geht hervor, daß der französische Gesandte die Reformvorschläge nur mündlich vorgezogen und wiederholte Bitten um schriftliche Einbringung abgelehnt hat. Am 28. Mai überreicht die marokkanische Regierung dem französischen Gesandten eine Note, welche die französischen Vorschläge ablehnt und die Einladung zu einer Konferenz ablehnt. In den vorhergehenden Tagen wurden, wie der deutsche Gesandte am 27. Mai berichtet, französischerseits die härtesten Anforderungen gemacht, um die Abfindung der Note zu verhindern. Insbesondere hat Herr Saint René dem Sultan sagen lassen, Frankreich werde an einer Konferenz nicht teilnehmen, sollte es aber doch zu einer Konferenz kommen, so würden die an der Konferenz beteiligten Mächte jedenfalls Frankreich das Mandat erteilen, die französischen Reformpläne allein durchzuführen. Auf eine Frage des Sultans erklärte hierzu der deutsche Gesandte, Herr Saint René habe keinerlei Berechtigung, über die Haltung der anderen Mächte auf einer fünftägigen Konferenz Erklärungen abzugeben. Insbesondere fehle ihm diese Berechtigung bezüglich der Haltung der kaiserlichen Regierung.

Dem Weisbuch ist eine Darlegung über die prinzipiellen Gesichtspunkte der deutschen Marokkopolitik beigelegt, in der zunächst mehrere Erlasse des deutschen Reichskanzlers an die auswärtigen Vertreter des Deutschen Reiches aufgeführt sind. In einem Rundschreiben vom 5. Juni tritt der Reichskanzler für den Gedanken einer internationalen Marokko-Konferenz ein. Der deutsche Reichshandpunkt wird wie folgt dargelegt: „Da die Reformen voraussichtlich nur unter Anlehnung an die Signatarmächte erfolgen können, so ist die Möglichkeit ihrer Durchführung beschränkt durch die Bestimmungen der Madrider Konvention, insbesondere durch den Artikel 17, wonach jeder Signatarmacht in Marokko das Recht auf Behandlung als meistbegünstigte Nation zusteht und somit seiner Macht eine bevorzugte Behandlung eingeräumt werden darf. Das geplante Reformwerk würde daher nur mit Zustimmung aller Signatarmächte zu Stande kommen können. Aus diesen Erwägungen hat die kaiserliche Regierung die Einladung Marokkos angenommen. Sollte die Konferenz an der Regierung einzelner Signatarmächte scheitern, so würde die Folge sein, daß der bisherige Vertragszustand unverändert aufrecht erhalten bliebe. Hieran würde auch nichts geändert werden, wenn einige Signatarmächte erklären sollten, daß sie mit den für Marokko in Aussicht genommenen Maßregeln einverstanden seien, oder daß sie daran kein Interesse nähmen. Denn es würde nach den obigen Ausführungen der Widerspruch einer einzigen Signatarmacht genügen, um der Durchführung irgend welcher Sonderrechte, die mit dem Meistbegünstigungsrechte der anderen Mächte unvereinbar sind, den Rechtseboden zu entziehen.“ Die Konferenz sei aber auch abgesehen von der Reichsfrage schon deshalb nützlich, weil ganz unabhängig von der Reichsfrage die bestehenden politischen und handelspolitischen Interessen der Signatarmächte durch die Gewährung von Sonderrechten an einzelne Mächte beeinträchtigt werden könnten und die Konferenz ein geeignetes Mittel zur Herbeiführung eines Ausgleichs bieten würde. Nach weiterer Begründung des deutschen Standpunkts schließt der Erlaß: „Um Gewissensfragen der französischen Aktion gegen Marokko beseitigen zu können, so ist die Signatarmächte durch die Madrider Konvention verbürgte Aktion hin lediglich als eine Vertiefung des bestehenden Rechtszustandes darstellend.“ Zwei weitere Erlasse nach Paris vom 12. und 16. Juni geben die Ansichten der deutschen Regierung

über die Aufgaben der Konferenz in der Form objektiver Deduktionen, nicht als positive Vorschläge, an, halten aber fest, daß eine Aussprache über die Ausdehnung der Reformen erst erfolgen könne, wenn Frankreich zuvor die Einladung zur Konferenz annimmt. Die auf dem Gebiete der Politik notwendigen Reformen seien international festzustellen und zeitlich zu beschränken, die Finanzreformen müssten gleichfalls international behandelt werden, die wirtschaftliche Beschließung Marokkos habe unter voller Beachtung des Grundgesetzes der open door zu erfolgen.

Das Weisbuch registriert nun die bekannten Auseinandersetzungen zwischen Berlin und Paris bezüglich der Konferenzidee. Eine Minutornote auf das die französischen Bedenken bezüglich der Marokko-Konferenz darlegende Exposé Herrn Rouviers vom 5. Juni geht ausführlich auf den Inhalt des Exposé ein und läßt aus, wenn Frankreich die Lösung der Reformen allein in die Hand nehme, so sei zu bezagen, daß es auch gegen seinen Willen durch die Macht der Verbündeten zu einer mit der Unabhängigkeit Marokkos und den Rechten der Signatarmächte nicht zu vereinbarenden Sonderregelung gelangen würde. Die Durchführung von Reformen in Marokko, wenigstens soweit das die Einräumung von Sonderrechten zugunsten einzelner Signatarmächte erforderlich ist, sehe die Zustimmung der übrigen Mächte voraus. „Eine solche Zustimmung aber dürfte am leichtesten auf einer Konferenz zu erzielen sein, die ganz unabhängig von den dafür sprechenden rechtlichen Erwägungen ein geeignetes Mittel zur Herbeiführung eines Ausgleichs zwischen den bestehenden politischen und handelspolitischen Interessen der Signatarmächte bieten würde. Die Konferenz würde überdies dem Sultan, dessen Zustimmung die erste Voraussetzung der Reformen bildet, ein Eingehen auf die Vorschläge wesentlich erleichtern, da das Reformwerk alsdann die Sanction aller beteiligten Mächte erhalten würde. Wenn das französische Exposé ausläßt, daß Frankreich infolge der Nachbarschaft Algeriens und der Ausdehnung der gemeinsamen Grenze zu dem Reformwerk in erster Linie berufen sei, so ist ohne weiteres zuzugeben, daß Frankreich ein sehr legitimes Interesse daran hat, die Ordnung im Grenzgebiet aufrecht zu erhalten zu sehen. Dagegen werde es nicht wohl beanstanden können, andere Mächte von der Teilnahme an dem marokkanischen Reformwerk voranzureichen auszusprechen.“

Ein vollständiges Programm zu entwerfen lehnt die deutsche Regierung aus formalen und sachlichen Gründen ab. „Die kaiserliche Regierung, heißt es zum Schluß, gibt sich der Hoffnung hin, daß die Regierung der französischen Republik ihre gegenwärtigen Bedenken gegen eine Konferenz, den dauernden Vorteilen unterordnet wird, welche das Zustandekommen des Reformwerks für Marokko wie für die Ruhe der Welt mit sich brächte.“

Es folgen darauf die die französische Zustimmung zur Konferenz enthaltenden Erklärungen vom 8. Juli und weiterhin die Vereinbarung vom 28. September über die dem Sultan zu erteilenden Maßsätze hinsichtlich des Konferenzprogramms. Beide sind aus früheren Berichten bekannt.

Schließlich teilt das Weisbuch Mitteilungen über die Frage des Hohenbaus in Tanger mit, die das Verhalten der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit klarsprechen.

### Die Stellung der Nationalliberalen zum Schulunterhaltungsgesetz.

Am vergangenen Sonnabend haben gleichzeitig zwei große nationalliberale Landesorganisationen, der nationalliberale Delegiertentag für die Rheinprovinz in Koblenz und der geschäftsführende Ausschuss der nationalliberalen Partei Westfalens in Dortmund zum preussischen Schulunterhaltungsgesetz Stellung genommen. Das partei-offizielle nationalliberale Organ hatte vorher angekündigt, daß auf dem rheinischen Delegiertentag der Abg. Schiffer eine Aufklärung über die von ihm in dem amtlichen Eintrag seiner Abgeordnetenversammlung vorgenommene auffällige Korrektur geben werde. Wie i. Zt. mitgeteilt, hat nämlich Herr Schiffer den Schlussatz seiner Rede: „Der Drischulinspektor muß aus dem Gesetz heraus“ gestrichen und durch zwei andere abschwächende Sätze ersetzt. Aus dem vorliegenden kurzen Bericht über den rheinischen Delegiertentag ist nicht ersichtlich, wie Herr Schiffer diese Korrektur aufgeklärt hat. Die nach seinem Vortrag einstimmig angenommene Resolution besagt nur, daß die Partei gegen einzelne, näher aufgeführte Punkte des Entwurfs, darunter auch die Bestimmungen über den Drischulinspektor, „schwere Bedenken“ habe, daß der Delegiertentag diese Bestimmungen verwerfe und die Erwartung ausdrückt, daß die Partei sich bemühen werde, in diesen Punkten „annehmbarere Änderungen“ herbeizuführen. Die heikle Frage, ob die Partei, falls es ihr nicht gelingen sollte, diese Änderungen durchzusetzen, die ganze Vorlage ablehnen solle, hat demnach der rheinische Delegiertentag diplomatisch umgangen. Andererseits hat der Generalsekretär der nationalliberalen Partei für die Provinz Sachsen, Herr Braumann, dieser Tage in einer Versammlung erklärt, die in dem Gesetz vorgesehene Zusammenfassung des Schulverbandes mit dem Drischulinspektor als Vorsitzenden sei „gänzlich unannehmbar“. Ebenso haben in der Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der westfälischen Nationalliberalen in Dortmund mehrere Abgeordnete erklärt, die Partei werde das Gesetz ablehnen, wenn der Entwurf nicht wesentlich abgeändert und namentlich die Rechte der Gemeinden gewahrt würden. Eine ähnliche Auffassung hat dieser Tage der nationalliberale Landtagsabgeordnete von Campe in einer Bezirkslehrerversammlung in Hildesheim bekundet, in-

dem er erklärte, daß seine Partei der „Legalisierung“ des Drischulinspektors als Vorsitzenden nicht zustimmen werde, er trat aber sehr enthusiastisch für die gleichzeitige Regelung der konfessionellen Frage und der Schulunterhaltungspflicht ein. Aus alledem ergibt sich also, was zu erwarten war, daß die nationalliberale Partei bei der definitiven Abstimmung über das Gesetz ein einheitliches Wort nicht abgeben wird.

### Zur Lage in Russland.

Die aus dem Zarenreich seit Sonnabend eingegangenen Nachrichten lassen erkennen, daß die Ruhe im Lande, mit Ausnahme der Dnieprovinzen, für einige Zeit wenigstens wiederhergestellt ist. In Posen und Kurland ist der Widerstand der seitens Revolutionäre noch nicht gebrochen, immer noch werden von platten Lande der Unteren der kaiserlichen Banden berichtet. Das Militärverbot war also noch nicht genügend, um Schutz vor weiteren Ausschreitungen der fanatischen Letzen zu gewähren. Lange wird die Ruherbereitschaft der seitens Republik nicht mehr wägen, aber Anteil genug wird noch angerichtet werden, ehe es der Regierung gelingen wird, auch in den Dnieprovinzen den letzten Funken der aufständischen Bewegung zu erlöchen.

Graf Witte, dem man fälschlich Austrittsabsichten nachgesagt hat, fühlt sich wieder vollkommen als Herr der Situation. In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Retsch. Tel.-Agentur“ sprach am Sonntag Graf Witte von der ersten Lage in Russland und sagt, wenn alles, was täglich in der auswärtigen Presse in den letzten Jahren bezüglich der russischen Angelegenheiten geschrieben worden sei, wahr wäre, so würde Russland seit langer Zeit nicht mehr existieren. Trotzdem bestehe Russland und werde auch weiter bestehen, denn trotz des Erstes der Krise werde es aus ihr neu geboren hervorgehen. Der psychologische Zustand eines großen Teils der europäischen Gesellschaft verlange nach sensationellen Neuheiten und die Korrespondenten der auswärtigen Zeitungen sendeten aus Russland solche Nachrichten, ohne sie zu prüfen und um einer Modelnwane zu genügen. Uebrigens, fügte Graf Witte hinzu, kennen die Regierungen der fremden Mächte vollkommen den Stand der Dinge in Russland und insbesondere die Regierung des kaiserlichen Reiches und verbünden Frankreich. Er halte sich für verpflichtet zu erklären, daß die französische Regierung sich gegen Russland mit demselben Eifer der Freundschaft und des Wohlwollens verhalte wie vorher, und das beruhe auf Gegenseitigkeit.

Am Montag meldet die „Nowoje Wremja“ aus Mitau: Die Führer der Letzen sind in dem Kampfe mit den Truppen ungelommen. Die aufständischen Komitees haben alle Privilegien auf, liegen vorläufig noch das Eigentumsrecht beibehalten, konfiszieren aber die Güter und führen eine Einkommensteuer und die Zölle ein. Die Komitees haben eine eigene Post und sind mit dem ganzen Lande telephonisch verbunden.

Die reichsdeutsche Kolonie in Riga hat, nachdem mit dem Dampfer „Wolga“ insgesamt 1047 Personen, darunter 803 Reichsdeutsche, aus Riga befreit worden sind, durch den kaiserlichen Konsul dem Reichskanzler Fürsten Bülow ihren ererbteigten Dank für die geleistete Hilfe übermitteln lassen.

Für die baltische Bevölkerung scheinen die Schrecken vorläufig fast Ende zu nehmen. Noch ist die revolutionäre Bewegung nicht ganz beseitigt, und schon droht eine neue Gefahr in Gestalt einer Hungersnot, die eine Folge der Verwüstung des Landes durch die revolutionären Banden ist. Nicht nur die angehäufte Vorräte landwirtschaftlicher Produkte, sondern selbst die Maschinen und Geräte sind von ruhelosen Händen vernichtet worden, so daß größere Ländereien nicht bestellt werden können.

### Deutschland.

Berlin, 9. Jan. Der Kaiser hat infolge einer leichten Erkrankung das Zimmer. Doch finden die regelmäßigen Vorträge statt. Am Sonntag nachmittag empfing der Kaiser den Reichskanzler. Montag vormittag hörte er den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts.

(Die Neujahransprache des Kaisers) war, wie wir aus einer Polemik der „Nord. Allg. Ztg.“ mit dem „Vorwärts“ entnehmen, rein dienstlicher Natur. Politisch und auswärtige Fragen wurden darin nicht berührt.

(Der hannoversche Städtetag,) der am Sonnabend vormittag in der Stadt Hannover eröffnet wurde und von allen 47 selbständigen Stadtgemeinden der Provinz besetzt war, sprach sich einmütig für die Abwehr und für Wiederherstellung aller hannoverschen Städte gegen das die historische Selbständigkeit der Stadtgemeinden ernstlich bedrohende preussische Schulgesetz aus und beschloß, zur Abwendung des Staatsbankrotts in die unerspäzlichen Freiheitsrechte der Städte eine dringliche Eingriffsbegehre familiärer Städte an den Landtag und die Staatsregierung.





**Wohnung** bis 150 Mk. gesucht. Offerten bitte im Schuhgeschäft Markt 5 abzugeben.

Wohnung von 3 bis 4 Stuben, einigen Kammern und Zubehör (für Pensionat passend) zum 1. April 1906 gesucht. Offerten unter **II S** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Ein schöner neuer **Laden** mit großem Schaufenster in Markt 11 (Markthalle) mit oder ohne Wohnung per sofort oder später zu vermieten.

Weißenfischerstraße elegant möbliertes Zimmer mit Kabinett sofort oder später zu vermieten. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Ein gut möbliertes Zimmer mit Schlafzimmer in zu vermieten. Lindenstraße 12, 1 Tr.

Freundliche Schlafstelle mit oder ohne Stuhl offen. Brand 17 1.

Ein Schuppen in zu vermieten. Breitestr. 3.

Ein kleines Wohnhaus in der Nähe des Marktes zu verkaufen. Zu erfragen **Markt 10**.

**22000 Mark** als 1. Hypothek auf ein neuverbautes Wohnhaus sofort oder 1. April gesucht. Biete Offerten unter **M 20** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Fahne 6 Mtr. lang, mit Stange, weiß. **Marie Albrecht**, Dürrenstr. 4.

Elegante Damenmasken sind zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Blattes.

Elegante Damenmaske zu verkaufen. **Kaban, Poststr. 6**.

**Sofas.** Blüch-Garnituren v. 150 Mk. an. **Lehn, Klapp- u. Schaufelstühle, Bettstellen und Matrasen** empfiehlt in großer Auswahl.

**Ernst Bernhardt**, Markt 26.

Photographische Anstalt von **Max Herrfurth** Breitestraße 5.

Nähmaschinen werden schnell und gut repariert bei **L. Albrecht, Zamaierstr. 23**.

Täglich frische Pfannkuchen empfiehlt **Oscar Hütbel**.

Früch eingetroffen. Mittwoch zum Markttag: **Grüne Heringe**.

Stand am Vorstadt-Becken. **Selbststeingemachte grüne Schnittbohnen**, zart und leichtwendig, empfiehlt billigst in jedem Quantum.

**A. Speiser, Breitestr. 7**.

**Apfelsinen**, höchste reife Früchte, Duzend von 40 Pf. an empfiehlt **Max Faust, Burgstr. 14**.

**Musterrindfleisch!** Kochfleisch a Pfd. 55 Pf., Bratenfleisch a Pfd. 65 Pf. empfiehlt fortwährend **L. Nürnberger**.

ff. Mostrich a Pfd. 18 Pf. **Carl Herfurth**.

Apfelsinen per Stück von 5 Pf. an empfiehlt **C. L. Zimmermann**.

**Westphal's selbsttätig patentierter Feuermelder**  
Vorführungen gratis.

**Erstklassiges Fabrikat. Hempel u. Liebmann,** Merseburg, Burgstr. 5. Telefon 360.

**Unerreicht sind Emmerlings Eiermehl „Elite“.** Bestes billiges Nahrungsmittel ist Emmerlings Nahrungsmittel a Paket 10 und 30 Pfennig.

An Nährwert unübertroffen. In Merseburg bei: **A. Welzel, Robert Schulze, Richard Ortman, E. Kämmerer, Otto Wirth Nachf., Hermann Budig, Richard Kahl, Paul Hesse, Otto Glasse, Fr. Franz Herfurth, Richard Schmitz, Carl T. über, Carl R. uch, Carl Herfurth.**

**Kanadische Heimstätten.** Vielfachen Anfragen gegenüber bei hierdurch bekannt gegeben, daß in Kanada tatsächlich über 100 Millionen Acres oder mehr als 625 Millionen Morgen freies Land vorhanden sind. Hieron gibt die Kanadische Regierung jedem mindestens 18 Jahre alten Einwanderer 160 Acres oder 250 Morgen fruchtbares Ackerland als Eigentum. **The Farmer's Auxiliary Association** 15 Strand, London W. C., England.

**Räumungs-Ausverkauf.** Die Restbestände meiner Weihnachtsausstellung verkaufe ich 20 Proz billiger bis inkl. 21. Januar. **W. Borsdorff, Schmalestr. 27.**

**Helios-Bad.** Nachweislich gute Ergebnisse. Rheumatismus, Gicht, Nervenschmerzen, Migräne, Kopfschmerzen, Bluthochdruck, Herzschwäche, Magen- u. Darmleiden, Schlaflosigkeit, Erregungen etc.

**Rheumatismus, Gicht, Nervenschmerzen** lindern in kurzer Zeit selbst in veralteten Fällen. Einreibungen mit **Apotheker Paul Schmidts Tyroler Latschenkieferöl** a Pfd. 1,50 Mk. erhältlich in allen Apotheken. Hauptdepot: Dam-Apothek.

Unterzeichnete empfiehlt sich den geehrten Herrschaften von Merseburg und Umgegend zur **Anfertigung feiner Damen- und Kindergarderobe.** Garantiere für tadellosten Sitz. Solide Preise. Um gütigen Aufpruch bittet **Elsheth Piechoki, Johannisstr. 15a, 1 Treppe.**

**Verlangen** Sie bitte beim Einkauf einer Zahnbürste nur die „Sunfin-Zahnbürste“ (D. N. P. a.) mit Gummi-Zahn-Nadlerkissen, allein mittels dieser können Sie Ihre Zähne weiß und sauber erhalten. Zu haben bei: **Witz, Meißel, Adler-Druckerei, Entenplan, G. Müller, Sehen- und Porzellaner, Markt 14.**

Photogr. Anstalt von **Franz Herrfurth, Brühl 4** empfiehlt sich zur Anfertigung aller photogr. Arbeiten. Spezialität: Vergrößerungen.

Große frische **Eier** empfiehlt **Max Faust, Burgstr. 14**.

**ff. Speise-Weinöl** eingetroffen. **Paul Hesse.**

**Unschön ist Korpulenz. Fettleibigkeit!** Gebrauchen Sie mit Erfolg **Wendelsteiner Entfettungsteig** Paket 1,75 Mk. 3. Zu haben in allen Apotheken. **Carl Humm, München.**

**Für unsere Abonnenten** halten wir immer noch die bekannten Prämien auf Lager. **Waffenalbum**, Salonausgabe in prachtvoller künstler. Ausstattung, 27/33 cm. **Bilderbuch**, 6 Bilderseiten, origineller Einband und farbenprächtige Ausföhrung. **Prämie** erhalten die Abonnenten von 3 Mk. Bestellungen nimmt unsere Geschäftsstelle entgegen. **Verlag d. Merseburger Correspondent**

**Große gesunde Eier** a Duzend Mk. 1,30 empfiehlt **Emil Wolff.**

**Ein Eine** Teppich, Läufer, Sophaezug, Linozum, Zimmerbelag oder: Plüschstischdecke, Kameelhaardecke, Reisedecke, Rollschutzwand. Ist ein vollkommenes, praktisches Gebilde. Diese beziehen Sie vorteilhaft nach zu allen sehr billigen Preisen vom Verf.-Büro. **Paul Thum, Chemnitz, Herfurthstr. 2.** Schenken und Bestellen gratis und franco. **Man achte genau auf Schutzmarke**

**Elefant** beim Einkauf von **Elfenbein, Seife.**

Photographisches Atelier von **Max Schön**, Hofmarkt 2, bringt sich hiermit in empfehlende Erinnerung.

**Zuckerrübenabzöhlöffel** f. Zuckerrübenabzöhlöffel sind laut Beschluss des Vorstandes mir zum Abschluss für Camp. 1906 aus den Ortshäusern Merseburg, Weiskau, Lössen, Kuapendorf, Wäandorf, Wäandorf übertragen worden und bitte, dieselben bei mir bewirken zu wollen. **Merseburg, den 4. Jan. 1906. A. Kurth.**

**Hildebrandt & Dr. Witte**, Offentl. Laborator. f. chem. u. mikroskop. Untersuch. **Halle a. S., Mühlweg 29** Tel. 3046. Prosp. gratis u. franko. **Dr. Witte**, vereidigt. Handels-Chemiker.

**Technikum Altenburg** Geometrie, Elektrotechnik, Photographie, Automobilmotoren, Maschinenbau, Programm etc.

**Strümpfe in allen Größen** zum Waschen und Aufhängen auf der Maschine werden angenommen. **Frau A. Kinne, Sand 22 I.**

**Geschäfts-Verlegung.** Meiner werthen Kundschaft, sowie einem geehrten Publikum von Merseburg und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich mein Geschäft nach **Marktstr. 2** (Korn) verlegt, und empfehle mich bei allen vorerwähnten Aufträgen. Als Spezialität empfehle **Sofas** jeder Art, sowie **Matrasen und Bettstellen** bei billiger Preisberechnung, und zwar: Sehr dauerhaft gearbeitete **Sofas** von Mk. 42 an, **Matrasen** nach **Marktstr. 2** (Korn), **Zubeten**, **Wäsche** u. **Veredlungs-Beruf**. **Schlichtend Franz Koch, Tapezierer.**



**Bettstellen mit Matratzen**  
in großer Auswahl empfiehlt billigst  
**Louis Albrecht**, Birkenstraße 4.

**Zur Anfertigung sämtlicher Tapezierer-, Polster- u. Dekorationsarbeiten**  
empfehlen sich  
**Alfred Lintzel, Breitestr. 7.**  
Tapezieren, neueste Muster am Lager, Stück von 12 Pf. an.

**Maurer-Begräbnis-Kasse.**  
Sonntag den 21. Jan., nachmittags 3/4 u. 11/2 Uhr.  
**General-Versammlung**  
im Restaurant „Zur guten Quelle“.  
Zahlreiche Beteiligung erwünscht.  
Der Vorstand.

**Berein ehm. Jäger u. Schützen.**  
Wegen  
Donnerstag  
Vorversammlung  
im Goldenen Wand.  
Ausserordentliche Beschlüsse erwünscht.  
Der Vorstand

**Verein der Gastwirte von Merseburg u. Umgegend.**  
Freitag den 12. Januar, nachmittags 3/4 u. 11/2 Uhr.  
**Monats-Versammlung**  
in Müllers Hotel. Der Vorstand.

**Thüringer Hof.**  
Mittwoch den 17. Januar 1906,  
von abends 8 Uhr ab,  
**Großes Militär-Konzert,**  
ausgeführt vom Trompeter-Korps  
des Kaiserfeld-Regiments-Reg.  
Nr. 75, Halle a. S.,  
unter persönlicher Leitung des Königl. Musik-  
Dirigenten Herrn F. Stade.  
Eintritt 50 Pf. im Vorverkauf 40 Pf. zu  
haben im Rigarten-Geschäft von Herrn  
Diebold und im Thüringer Hofe.  
Es ladet höchlichst ein  
**O. Seautewein, F. Stade.**

**Casino.**  
O. Schwarze.  
**Vorkläufige Anzeige.**  
Sonnabend den 13. Januar kommt  
**Neumann-Bliemchen**  
mit neuer Gesellschaft.  
**Brenkischer Adler.**  
Mittwoch Schlachtfest.

**Dieters Restauration.**  
Heute  
**Schlachtfest.**  
Donnerstag  
**frische hausgeschlachte Wurst.**  
**G. Fischer, Weingelster-Str. 25.**

Donnerstag  
**hausgeschlachte Wurst.**  
**C. Tauch.**  
Donnerstag  
**hausgeschlachte Wurst.**  
**Friederike Vogel, Holzmarkt 9.**  
werden angenommen. Zu  
erfragen  
11. Ritterstr. 16 11.

Wer erteilt jungen staunlich  
**Unterricht**  
in Deutsch, einfacher und doppelter Buchführung,  
Dff. u. F W a. d. Exped. d. Bl. erbeten.

**Einen Lehrling**  
stellt zu Dienen ein  
**Oscar Hübel, Bäckermeister.**

**Ein Bäckerlehrling**  
zu Dienen gesucht.  
**F. Taube, Bäckermeister, Dammstr. 8.**

**Preisschiessen.**  
**Achtung! Achtung!**  
**Goldne Kugel.**  
Das Preisschießen findet nur noch bis Donnerstag statt.  
**Donnerstag den 11. d. M. abends 11 Uhr**  
**Preisverteilung.**  
Es laden ergebenst ein  
**E. Meyer, Alex. Ette.**

**Aufruf.**  
Die beklagenswerten Ereignisse in Russland haben über unzählige Bewohner des Landes unsägliches Unglück gebracht. Viele Tausende sind völlig verarmt; andere, die bisher fleißig ihrem Berufe nachgingen, stehen in bitterster Not müßig am Markt.  
Das gilt in erster Reihe von den zahlreichen Deutschen im russischen Reich. Unzählige von ihnen sind ohne jedes eigene Verschulden plötzlich brotlos geworden und stehen inmitten erregter, ihnen zum Teil feindlich gesinnter Volksmassen hilflos da. Sie alle hoffen auf uns, die Deutschen im Reich, sie hoffen, daß wir unsere Volksgenossen nicht im Stich lassen, für ihre Not offene Herzen haben werden und offene Hände.  
Um ihre Not zu lindern, hat sich der unterzeichnete Hilfsausschuß zur Unterstützung der notleidenden Deutschen Russlands gebildet.  
Wir wenden uns mit der Bitte um Unterstützung an alle Kreise des deutschen Volkes. Wer immer im sicheren Frieden des Deutschen Reiches seinem Beruf nachgeht und seines friedvollen Heims froh wird, der gedente unserer unglücklichen Volksgenossen in Russland, die in einer furchtbaren Gegenwart einer vielleicht noch schrecklicheren Zukunft entgegensehen. Wir können ihnen helfen, und wir werden ihnen helfen, jeder nach seinen Mitteln. An diese offenen Herzen hat sich noch kein unglücklicher Volksgenosse vergeblich gewandt. Dessen sind wir gewiß!  
Geldsendungen (Einzel- und Sammelgaben) werden an die Hauptstelle, die königliche Seehandlungshauptkasse zu Berlin, Markgrafenstr. 46 a, unter der Bezeichnung „Für die notleidenden Deutschen Russlands“, Aufschrift an Herrn Dr. von Veh, Rechtsanwalt, Berlin W., Ansbacherstr. 55., erbeten.  
Berlin, Dezember 1905.

**Der Arbeitsausschuß:**  
von Alten, Generalanwalt z. D. Dr. Arnold, M. d. M. d. pr. A. Behre, Direktor von Bornhaupt, Dr. Eichhoff, Prof. M. d. M. d. pr. A. Dr. Faber, Prof. M. d. pr. A. Alfred Geiler, Geschäftsführer des All. Verb. Dr. König, Geh. Oberpostamt M. d. M. von Leobell, Generalmajor z. D. Kuchoff, Direktor M. d. pr. A. Neubürger, Schriftsteller, Dr. Baasche, Geh. Reg.-Rat, Prof. Vizepräsident des Reichstages, M. d. pr. A. Th. S. Kantenius, Raschau, Kaiser, Oberster z. D. G. Freyher von Meibing, Dr. Newold, Justizrat, M. d. pr. A. Prof. Dr. Smetina, Viktor Schöng, Geschäftsführer des Deutschen Zinnwarenevereins, Adolf Stein, Stroßer, Major a. D., M. d. pr. A. Dr. von Veh, Rechtsanwalt, Franz Wagner, Justizrat.

Obigen Aufruf geben wir hierdurch mit dem Bemerkten bekannt, daß eine  
**Sammelstelle bei dem Bankier Herrn Stadtrat Zehender hierelbst**  
errichtet ist.  
Merseburg, den 29. Dezember 1905.  
Der Magistrat.

Nach genügender Ausbildung in meinem akademischen Lehr-Atelier für  
Schneitzarbeiten, Zeichnungen u. drat. mod. Damen Schneidererei nach der  
neuen geistlich geschulten  
**Triumph-Methode (Spätem Neugebauer-Dresden)**  
habe ich Fräulein Berta Schnelle, Merseburg, Barockstr. 23, als Vertreterin für  
Merseburg und Umgegend ange stellt. Dieselbe wird bemüht sein, ihre  
Schülerinnen in allen obigen Fächern gewissenhaft auszubilden und bitte ich,  
dieses Unternehmen gütlich unterstützen zu wollen.  
Hochachtung  
**Frau Berta Linke, Halle a. S.,**  
Direktion der Triumph-Methode  
für die Provinz Sachsen und Herzogtum Anhalt.  
Bezugnehmend auf Obiges gestalte mir hierdurch ergebenst mitzuteilen,  
daß ich stets bemüht sein werde, die mich beehrenden Damen in allen obigen  
Fächern gewissenhaft auszubilden.  
Gefällige Anmeldungen nehme jederzeit gern entgegen. **Kurze:**  
1 1/2 Monate ganze Tage, 3 Monate halbe Tage, Schneitzarbeiten ca. 14 Tage.  
**Anfertigung eigener Garderobe.**  
Hochachtung  
**Berta Schnelle,**  
Merseburg, Forwerk 23.

**Dampfsgewerk**  
**Jetschke, Halle'sche Straße 10/11,**  
empfiehlt sich zum Lohnschnitt aller Arten Bögel. Prompte Bedienung bei billigen Preisen.  
Bögel können jederzeit angefordert werden.  
**Gegen bare Kasse kaufe noch alle Arten Laubhölzer.**  
Große Posten bester Räucherespäne am Lager.

Nur kurze Kochzeit erfordern  
**MAGGI'S** Schutzmarke  
**Suppen** Kreuz- u. Stern  
in Würfel 10 Pf.  
2 gute Zeller Suppe. In wenigen Minuten mit mit Wasser zubereiten.  
Bestens empfohlen von Max Faust, Burgstr. 14.

**Lehrlings-Gesuch.**  
Für mein Materialwaren- und Kohlen-  
geschäft suche ich unter günstigen Bedingungen  
zum Eintritt 1. April et. einen Lehrling.  
**Otto Teichmann, Unteraltenburg.**

**Gärtnerlehrling**  
für Topfpflanzen und Rosenzucht unter günstigen  
Bedingungen zu Ehen gesucht.  
**F. Krause, Handelsgärtner,**  
Merseburg.

**Einen Lehrling**  
sucht  
**A. Münch, Handelsgärtner.**

**Schlosserlehrling**  
stellt noch ein Schlosserei Unteraltenburg 62.  
Gut eingeführt

**Vertreter**  
sucht  
**Hermann Schmidt**  
born. v. Kühmann.  
Kornbranntweinbrennerei, Nordhausen.  
Suche per sofort für Braunschweig  
zuverlässigen Geschäftsführer,  
welcher Geschäft zur Federarbeit hat.  
**W. Schäfer, Weihenfelserstraße 19.**

**Ein ordentlicher Bädergehilfe**  
wird für dauernd sofort gesucht.  
**F. Taube, Bäckermeister, Dammstr. 8.**

**Älteres Mädchen**  
sucht Stellung zum 15. Febr. als Hausmädchen.  
Dff. unter M S an die Exp. d. Bl. erbeten.

**Tüchtige erste Buchhalterin**  
sowie Lernende sucht  
**Anna Koppmann, Buegelgäßchen,**  
Burgstraße 8 1.  
Suche zum baldigen Eintritt

**Ältere unabhängige Frau od. Mädchen**  
als Stütze für Küche und Wirtschaft auf ein  
Mittag- u. Abendessen. Offerten unter  
A R an die Exped. d. Bl. erb.

**Ein junges Mädchen**  
aus anständiger Familie zur Erlernung der  
Bücherei mit ein mittleres Gut Thüringens  
ohne gegenwärtige Vergütung gesucht. Anfragen  
zu richten an  
**Franz Schinke, Merseburg, Altmühlstr. 119.**  
Zum 15. Febr. wird ein besseres, älteres, recht  
kräftiges Mädchen.

welches selbständig kochen kann, Hausarbeit  
übernimmt und gute Zeugnisse besitzt, gesucht.  
Lohn 60-70 Zlr., Bestimmung 30 Mt.  
Meldungen unter J S I postlagend Merseburg  
erbeten.

Zuverlässiges, probiert  
**Mädchen,**  
welches kochen kann, gesucht. Zu melden von  
5 bis 1/2 7 Uhr in Müllers Hotel.

**Ein sauberes Mädchen**  
für Bedienen nach Zehender sofort gesucht.  
Zu erfragen **Sand 14.**

Unabhängige zuverlässige Frau oder älteres  
Mädchen, welches kochen kann, als  
**Aufwartung**  
für den ganzen Tag per sofort gesucht! Zu  
erfragen in der Exped. d. Bl.

**Aufwartung**  
Unteraltenburg 4.  
sofort gesucht  
Sonntag den 7. d. M. ein neuer Wt  
mit eingeschriebenem Namen im Natsfelder ver-  
tauscht. Abzugeben doelbst.

**Eine Pferdebede**  
von der Burgstraße bis zur Unteraltenburg  
verloren. Gegen Belohnung abzugeben  
**Windberg 3.**

**Eine Herren-Hör gefunden.** Gegen  
Erstattung der Inzertionsgebühren abzugeben  
bei **Willi Satzinger, Kellner,**  
Galino.

**Armenküche.**  
Die Armenküche ist am 4. Januar wieder  
eröffnet worden, und wenden wir uns wie all-  
jährlich an die bewährte Mithelligkeit unserer  
Mitbürger, um freundliche Unterstützung von  
Geld und Naturalien, damit wir  
während der fältesten Monate den Armen  
unserer Stadt die Wohlthat der Speisenzubereitung  
in der Armenküche zu teil werden lassen können.  
Zur Annahme von Geldbeiträgen sind die  
unterzeichneten Vorstandsmitglieder bereit,  
während wir bitten, alle Naturalgaben direkt  
in unser Vereinslokal (Krippe) senden zu wollen.  
A. v. Dieß, Freiraum von der Miete.  
Frau Bartels, Frau v. Behr, Frau Bithorn,  
Frau Blanke, Frau v. Bunde, Frau Dr. Eylau,  
Frau Gähler, Frau v. Hausmann,  
Fräulein v. Rathen, Frau Major Reichenau,  
Frau Reinehardt, Fräulein Schraube, Fräulein Triebel,  
Frau v. Wangelin, Frau Weisber.

**Dierzu eine Beilage.**



Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Wegen des Ueberfalls auf den Obergespan Kovacs wurden am Sonnabend in Debreczin der Advokat Kevy, der Redakteur Befassy und der Eisenbahnschaffner Kaszl verhaftet. Der letztere hatte der Menge den Wagen gezeigt, in dem der Obergespan sich befand. In der fertigelegten Untersuchung wurden am Sonnabend fünf Personen vernommen. Abends wurde der Schlosser Sagran und der Bildbauer Spita, welche den Obergespan Kovacs gefesselt haben, verhaftet.

Frankreich. Von den französischen Senatswahlen feht nach einem Telegramm aus Paris vom Freitag mittag bisher nur noch die Wahl auf der Insel Martinique aus. Nach der offiziellen Zusammenstellung entfallen 70 Mandate auf den Bloch (Republikaner und Linke), 32 auf die Opposition, die 12 gemässigte Republikaner, 15 Monarchisten und 5 Nationalisten umfaßt. Der Bloch hat nach Angaben seiner Parteigruppen fünf Mandate gewonnen. Bemerkenswert ist, daß die sozialistische Partei, die im Senat bisher nicht vertreten war, den Rablalen zwei Mandate abgenommen hat, und zwar Masfelle, wo der frühere Bürgermeister Pfisteres, und das Departement Gerault, wo der Generalat Delbon gewählt wurde. — Der ehemalige russische Finanzminister Kozlow, welcher am Sonnabend in Paris eingetroffen ist, ist von dem Präsidenten der Republik Koubet und dem Ministerpräsidenten Nowier empfangen worden. Der „Temps“ glaubt, die Anwesenheit Kozlow's hänge mit einem Vorschlage Rußlands zusammen, wonach französische Bankinstitute der russischen Staatsbank gegen Bürgschaften das notwendige Geldkapital vorstrecken sollen, um eine zeitlang den Paris-Kurs von 2,66 für Rubel aufrecht zu erhalten. Die französischen Bankinstitute seien ausnahmslos geneigt, den Vorschlag zu prüfen.

Rußland. Eine nach Berlin entsandte russische Expedition unter Führung Amatus's ist gestern in Kerman eingetroffen und von dortigen Behörden und Vertretern der Kaufmannschaft und der Bevölkerung mit großen Ehren empfangen worden. Dieser russischen Expedition wird eine große handelsindustrielle Bedeutung beigelegt, da sie die vorjährige englische Expedition und deren Einfluß zu paralysieren bestimmt ist.

England. König Eduard unterzeichnete Montag nachmittag in einer Kronausrufung die Proklamacion, durch die das Parlament aufgelöst ist. Im Anschluß daran wurden die Parlamentswahlbestehle an die Wahlvorstände ausgegeben.

Japan. Der Kaiser hat das neue Kabinett genehmigt. Die Zusammenfassung ist folgende: Premierminister Marquis Satomi, Außenminister Rato, Marine Vizeadmiral Mirono Saito, Krieg General Teruchi. Finanzen Yoshio Satami, Unterricht der bisherige Gefandte in Wien Makino. Die Politik der Regierung soll unverändert bleiben. — Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Tokio steht es fest, daß das Mitglied des Oberkuns Rats Viconte Aoki zum japanischen Botschafter in Washington ernannt werden wird.

Nordamerika. Aus Washington meldet vom 6. Januar das „Reutersche Bureau“: In der Nähe von Manila sind zwei Brigaden-Hauptquartiere errichtet worden, um den Generalen die Möglichkeit zur Abhaltung von Manövern zu geben. Das Kriegsdepartement gibt zu, daß möglicherweise die Lage in China seinen Entschluß, noch zwei Regimenter nach den Philippinen zu senden, beeinflusst habe; es wird bemerkt, daß gegenwärtig nichts vorliegt, was einen Notfall wahrscheinlich mache, allein China mache jetzt eine Veränderung durch, und es sei möglich, daß die amerikanischen Interessen Schutz erfordern könnten.

Deutschland.

(Die Entsendung von Kriegsschiffen nach Algicra) durch mehrere auf der Marokkofronten vertretene Mächte hat in Berlin zu dem Gerücht Veranlassung gegeben, daß aus Deutschland ein Kreuzergeschwader in die Nähe des Konferenzortes entsendet werden. Wie die „Köln. Zig.“ offiziell mitteilen kann, ist von einer solchen Absicht in maßgebenden Kreisen nicht das geringste bekannt. Es sei schwer ersichtlich, welchen Grund Deutschland haben könnte, bei Algicra oder dessen Umgebung seine Flagge zu zeigen.

(Die deutsche Grenzkommission für die englisch-deutsche Nordgrenze von Deutsch-Ostafrika) hat ihre Arbeiten in Ostafrika vorläufig beendet. Die Grenze ist in Gemeinschaft mit der englischen Kommission von den nordwestlichen Punkte in der Nähe des Albert-Edward-

Sees bis zum südöstlichen Abhange des Kilimandscharos, abspineidend mit dem Gebiete des Vibe-Sees, im Wege der Triangulation genau vermessen und vermarktet worden. Die Arbeiten haben mehr als drei Jahre in Anspruch genommen, und auch die Aufarbeitung des gewonnenen Kartenmaterials wird noch eine große, in der Heimat zu bewältigende Arbeit bilden. Der Führer der deutschen Expedition war der durch seine Eisenbahntätigkeiten bekannte, schon seit 10 Jahren in Ostafrika tätige Hauptmann Schlobach.

(Tabakinteressenten) aus Baden, Elsaß-Lothringen, Württemberg und der Pfalz haben sich am Sonntag in Mannheim gegen eine Erhöhung des Zolles und der Steuer auf Tabak ausgesprochen. In der Resolution heißt es u. a., daß die Produktion von inländischem Tabak und der Handel mit ihm stetiger Verhältnisse bedürften, um sich erhalten und weiter entwickeln zu können. Eine Besteuerung des inländischen Tabaks durch Steuererhöhung müßte der Rauchtabakfabrikation eine weitere Einschränkung der Produktion auferlegen, und damit die Verwendung von vielen inländischen Tabaten, die sich nur für diese Fabrikation eignen, unmöglich machen.

(Zu dem Beschluß der deutschen Tabakbaukommission,) den Zollfuß für ausländischen Rohtabak unter allen Umständen auf 125 Mk. zu erhöhen, dagegen die inländische Tabaksteuer auf ihrem jetzigen Stande von 45 Mk. zu belassen, schreibt die „Süddeutsche Tabakzeitg.“ u. a.: „Was ist der Tabakbaukommission die Tabakindustrie, von der allein der deutsche Tabakbau lebt? Was ist ihr das Geldbedürfnis des Reiches? Wenn nur viel Tabak gebaut wird zum Steuerfuß von 45 Mk. und dadurch wenig eingeführt wird zum Zollfuß von 125 Mk. Dann allerdings müßten noch Sperre und Nachsteuer einen Riegel vorschieben, damit die eine „übermäßige Einfuhr“ herausfordernden Uebergangsbefreiungen“ in Wegfall kommen. Das nennt man in der Tat eine recht besondere agrarische Begehrlichkeit, aber wir wollen nicht mit ihr rechten, weil sie dem drohenden Tabakgerade immerhin zu Hilfe kommt. Je mehr die Herren von der Tabakkommission Zoll fordern, um je weniger sie Steuer zahlen wollen, desto länger werden die Zigarettenarbeiter in Weisfalen und in Baden, im Glöckfeld wie in Sachsen, an der Oder wie am Main ihr Brot im Tabakgerade essen können, desto weniger kommt vom Tabaksteuerentwurf zuhande. Das ist junger Schupheiliger! Nicht die vielen tausend Petitionen geängstigter Fabrikanten und Arbeiter, bedrohter Landgemeinden und Hilfsindustriellen werden dem Tabakgerade helfen, sondern die unüberbrückbare Döbharmonie der Tabakinteressen zwischen Nord und Süd.“

(Weber hundert Tabak-Interessenten) aus Sachsen, Anhalt und dem thüringischen Staat sprachen sich in einer Versammlung in Dresden als Vertreter von 2033 Betrieben und etwa 28 000 Arbeitern in einer in Döbels abgehaltenen Versammlung nachdrücklich gegen die geplante neue Mehrbelastung der Tabakindustrie aus. Sie beschloßen einstimmig eine Resolution, in der es heißt, durch die neue Steuer sei ein harter Rückschlag des Konsums zu befürchten, um so mehr, als durch den neuen Zolltarif auch andere Lebensbedürfnisse belastet würden. Die Entlassung von Tausenden von Arbeitern könne die Folge jener Konsumverminderung sein. Für die mitteldeutsche Fabrikation sei die Gefahr am größten, da deren Hauptartikel die 5- und 6-Pfennig-Zigarette sei. Nach der Steuerbelastung werde diese aus überseichem Tabak nicht mehr hergestellt werden können, und die Fabrikation aus Mitteldeutschland würde dann höchstwahrscheinlich nach Süddeutschland auswandern. Auch das Zigarettensteuergesetz müsse man als unannehmbar bezeichnen.

(Der Verein der Berliner Gastwirte) hat sich dieser Tage in einer Versammlung gegen die geplanten Bier- und Tabaksteuern erklärt. Abg. Mertens legte als Referent die Gefahren der neuen Steuern dar und wies darauf hin, daß durch sie das Monopol der Großbetriebe angebahnt werden würde. Der wirksame Feind des verderblichen Schnapses sei das Bier. Verste dieses verteuert, so werde der Schnapsgenuss erhöht und dadurch die Gesundheit und Erziehungsfähigkeit des deutschen Volkes geschädigt. Zudem der Redner auf die Reform der Branntweinbesteuerung als bestes Mittel zur Erzielung höherer Reichseinnahmen verwies, warnte er die Gastwirte vor einer Spaltung im Groß- und Kleinbetriebe, wie es zum Teil die Brauereien getan hätten, und gab die Versicherung, daß ein einmütiger Protest des gesamten Gastwirtsstandes seine Wirkung nicht verfehlen würde. Ohne Debatte wurde darauf folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung des Vereins der Berliner Gastwirte erhebt einmütig Protest gegen die Erhöhung der Steuern

auf Bier und Tabak. Sie sieht darin eine Aufsaugung des Mittelstandes durch Kartelle, Ringbildung usw. Eine Abwälzung der Steuern auf den Konsumenten hält die Versammlung für die unglücklichste Lösung der schwebenden Steuerfragen. Sie will die weniger besitzenden Klassen geschützt und den kapitalkräftigen Bürger belastet wissen.“

Volkswirtschaftliches.

(Oberbürgermeister Bender und die Fleischsteuer.) In der reaktionären Presse wird darauf hingewiesen, daß der Breslauer Oberbürgermeister Dr. Bender bei einem jüngst stattgehabten Empfang sächsischer Arbeiter, die eine Feuerungszulage verlangten, die Gewährung einer solchen Zulage abgelehnt habe, obwohl der Wortführer der Arbeiter darauf hingewiesen habe, daß der Oberbürgermeister selbst auf dem Städtetage eine Fleischsteuerung als vorhanden anerkannt habe. Besonders wird hervorgehoben, der Oberbürgermeister habe geäußert, daß die Fleischpreise schon wieder billiger geworden seien und noch billiger werden würden. Die reaktionäre Presse meint, „mit dieser Erklärung des Oberbürgermeisters sei der Städtetag und Benders Rede auf dem Städtetage und überhaupt die ganze Fleischnotagitation gründlich gerichtet.“ In dieser ganzen Darstellung fehlt, wie die „Bresl. Zig.“ schreibt, nur der eine kleine Umstand, auf den freilich hier alles ankommt, das nämlich Oberbürgermeister Dr. Bender die Gewährung einer erneuten Feuerungszulage hauptsächlich deswegen abgelehnt hat, weil die Arbeiter im vorigen Jahre schon zwei Aufbesserungen ihrer Löhne und außerdem im September eine Feuerungszulage bereits erhalten hatten.

Der Oberbürgermeister hielt also eine weitere Feuerungszulage nur jetzt, wo die Fleischpreise glücklicherweise hier und dort etwas zu fallen beginnen, für nicht am Plage. Wie man sich auch zu dieser Frage stellen mag, jedenfalls hat Herr Bender dadurch doch nicht das Versehen einer Fleischsteuerung den ganzen Sommer und den Herbst hindurch bis in diese Tage geteuernt. Seine jetzige Stellung hielt also zu demjenigen auf dem Städtetage in feiner Widerspruch.

(Die Maul- und Klauenseuche) existiert nicht mehr in deutschen Landen. Das hat Herr v. Bobbelski bei der Fleischnotinterpellation im Reichstag am 30. November „mit hoher Freude“ festgehalten. Die „Feststellungen“ des Herrn v. Bobbelski sind stets mit größter Vorsicht aufzunehmen. Auch in bezug auf die Maul- und Klauenseuche hat sich der Landwirtschaftsminister wieder einmal geirrt. Denn wie die „Tägl. Rundschau“ sicher erklärt, sind im Kreise Prenzlau (Bez. Potsdam) und Rosenbergl. (Bez. Marienwerder) örtliche Seuchenherde entstanden, bei denen eine Einschleppung nicht nachweisbar ist. Auf Veranlassung des landwirtschaftlichen Ministeriums ist in beiden Fällen zur Verhütung der Ausbreitung der Seuche die Löfflerische Schugimpfung angewandt worden.

Provinz und Umgegend.

[] Halle, 8. Jan. Aus dem Dienst entlassen ist der Rentant des hiesigen Saaltheates und Neupreußischen Knappschaftsbezirks, Ernst Weiser, hier. Derselbe soll sich nach den Auslassungen im „Volksblatt“ und nach dem, was hier allgemein erzählt wird, Unterschlagungen haben zu schulden kommen lassen, deren Höhe noch nicht feststeht. Der Genannte war hier eine bekannte Persönlichkeit, lebte auf hohem Fuße und da sein sonst nicht geringes Einkommen dazu nicht ausreichte, so mag er wohl zu der Straftat gekommen sein. Wie man hört, ist W. zur Beobachtung seines Geisteszustandes einer Verewntlich überwiefen worden, da sich Zweifel an seiner Zuverlässigkeit erhoben haben.

[] Halberstadt, 8. Jan. Heute nachmittag wurde der Arbeiter Ernst Helmschrodt aus Heimbürg gefesselt in das hiesige Untersuchungsgefängnis gebracht. Er hatte gestern abend in Blankenburg erklärt, daß er den am 6. Oktober bei Elbingerde tot aufgefundenen Heiger Förster gen. Eins aus Eifersucht ermordet habe. Als er heute früh festgenommen worden war, widerrief er seine Angabe, doch waren die Verdachtsgründe gegen ihn derart, daß seine Verhaftung erfolgte. Auf die Ermittlung des Mörders waren f. 3. 3000 Mark Belohnung ausgesetzt worden.

[] Dresden, 8. Jan. Das Königreich Sachsen zählt nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 insgesamt 4 501 853 Einwohner, 2 176 463 männliche und 2 325 390 weibliche. Die Zunahme gegen die



vorige Volkszählung beträgt 299637 Personen. Die prozentuale Zunahme innerhalb der letzten fünf Jahre betrug demnach 6,66 Proz. gegen 10,9 Proz. Zunahme bei der vorletzten Zählung.

† **Geliebten**, 8. Jan. Aus dem Personenzuge 312 der Straße Magdeburg-Hannover stürzte kurz vor unserer Station der achtjährige Sohn galizischer Auswanderer und zog sich einen schweren Schädelbruch zu. Der Jug. der durch den Unglücksfall eine längere Verspätung erlitt, nahm den schwerverletzten Knaben mit nach Helmstedt, wo er im Krankenhaus St. Marienberg Aufnahme fand.

## Lokalnachrichten.

Merseburg, den 10. Januar 1906.

**Ergänzungswahlen zur Handwerkskammer.** Demnach werden, wie schon gemeldet, die Ergänzungswahlen für die auscheidenden und freiwillig ausgeschiedenen Mitglieder und Ersatzmänner zur Handwerkskammer und zum Gesellenausschuß derselben stattfinden. Die Ausschreitenden können wiedergewählt werden. Die Wahlen geschehen auf den Zeitraum von sechs Jahren. Wahlberechtigt sind die Handwerkerinnungen, diejenigen Gewerbevereine und sonstigen Vereinigungen, welche die Förderung der gewerblichen Interessen des Handwerks verfolgen und mindestens zur Hälfte ihrer Mitglieder aus Handwerkern bestehen. Einzelne Handwerker entbehren daher der aktiven Wahlberechtigung. Wählbar sind diejenigen Mitglieder dieser Körperschaften, welche zum Amt eines Schöffen wählbar sind, das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben, im Besitze der Handwerkskammer seit mindestens drei Jahren ein Handwerk selbstständig betreiben und die Befähigung zur Anleitung von Lehrlingen besitzen. Jeder Wahlkörper (Innung, Gewerbeverein usw.) mit 20 oder weniger Mitgliedern hat eine Stimme, bei 21 bis 50 Mitgliedern erhält er zwei Stimmen und für je 50 weitere Mitglieder eine weitere Stimme. Mehr als zehn Stimmen haben jedoch auch noch größeren Wahlkörper nicht zu. Während der Regierungspräsident der Handwerkskammer den Kammerbezirk in Wahlbezirke einteilt, und zwar in 18, 16 Lands- und zwei Stadtkreise, stellt die untere Verwaltungsbehörde — der Landrat, der Magistrat — ein Verzeichnis derjenigen Wahlkörper auf, die in ihrem Bezirk ihren Sitz haben. Das Wahlrecht der Innungen wird durch den Innungsverband, das der Gewerbevereine usw. durch die dem Handwerkerstand angehörenden Vorstandsmitglieder ausgeübt. Sind nicht mindestens drei Handwerker Mitglieder des Vereinsvorstandes, so wird das Wahlrecht durch Wahlmänner ausgeübt, die von den dem Verein angehörenden selbständigen Handwerkern für jede Wahlperiode mit Stimmenmehrheit der an der Wahl Teilnehmenden gewählt werden. Zur Leitung der Wahl bestellt die Aufsichtsbekörde einen Kommissar. Dieser stellt jedem Wahlkörper einen Stimmzettel für die Wahl der Mitglieder und einen zweiten für die Wahl der Ersatzmänner zu. Er hat auf den Stimmzetteln die Zahl der zu wählenden Personen, die Zahl der dem Wahlkörper zuzurechnenden Stimmen sowie den Zeitpunkt zu vermerken, bis zu dem die Stimmzettel an ihn zurückzusenden sind. Wahlberechtigt für den Gesellenausschuß der Handwerkskammer sind die Gesellenausschüsse der eingangs bezeichneten Handwerkerinnungen. Mit dem Geschäftsjahre 1905 scheiden aus im Wahlbezirk Merseburg: Bädermeister Klappenbach, Merseburg; Quersfur: Schuhmachermeister Kanneky-Kauch, Schlossermeister Arndt-Wächeln.

\*\* In der Montagnacht gegen 11 Uhr versuchte ein unbekannter, gut gekleideter Mann in das Haus Winkel Nr. 5 hier unter ganz außergewöhnlichen Umständen einzudringen, indem er mit dem Kopfe wiederholt gegen die Haustür stieß und den Schirm an derselben entpfehlte. Auf die Hilferufe der Bewohner des bes. Hauses eilten mehrere konstante Männer herbei, die da Polizei nicht zugegen war, den Fremden zur Polizeiwache brachten. Hier wurde er als ein Lehrer Labmann aus der Umgegend von Düren festgehalten, da man es schmerzlich mit einem Geisteskranken zu tun hatte, zur weiteren Beobachtung dem hiesigen Krankenhaus überweisen.

\*\* Bei der gestern vormittag stattgehabten meistbietenden Versteigerung des hiesigen Terrains zwischen der Halterstraße und dem Hause Karthaus Nr. 1 gaben die Herren Baumeister Gebr. Graul hier das Höchstgebot mit 8,20 Mark pro Quadratmeter Fläche ab. Der Zuschlag unterliegtiger Genehmigung des Bezirksausschusses Konkurrent der Herren Gebr. Graul war bis zum Preise von 8,10 Mark pro Quadratmeter Herr Kaufmann Otto Dobkowitz hier. Da das Terrain beinahe 1300 Quadratmeter Fläche umfaßt, wird der Kaufpreis auf 10.500 Mark betragen.

\*\* Am 13. d. M. treten im Casino die Neumann-Bliemchen-Sänger auf, unter Direktion von Emil Neumann-Bliemchen, einem der bekanntesten Gesangsdirigenten. Im Jahre 1865 trat Neumann-Bliemchen das erste Mal in Merseburg

auf und ist seit dieser Zeit bis heute ein treuer Besucher von Merseburg gewesen, von der Kunst und dem Wohlwollen des hiesigen Publikums getragen. Es ist wohl eine Seltenheit, daß ein Sänger in hohem Alter sich den goldenen Humor bewahrt hat, wie es bei Bliemchen der Fall ist. Wie derselbe uns mittelst ist es seine letzte Sangesfahrt, die er unternimmt da er sich endgültig im Kreise seiner Lieben Ruhe gönnen will. Bliemchen hat eine wackere Echar lustiger Sänge um sich vereinigt und wird auch dieses Mal alles aufbieten, um die Kunst seiner vielen Freunde und Gönner von neuem zu erwerben und sich ein gutes Andenken zu sichern.

## Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 8. Jan. 1906.

Der Stadtverordneten-Vorsteher Herr Justizrat Baege eröffnete die erste diesjährige Versammlung und wurde die Tagesordnung hierauf wie folgt verlesen:

1. Beschlussfassung über die Gültigkeit der Stadtverordneten-Wahlen. Ref. Stadtv. Regold. Die Wahlverhandlungen der letzten Stadtverordneten-Wahlen sind geprüft und für richtig befunden worden, Wahlprotokolle sind nicht eingegangen, so daß die Versammlung auf Vorschlag des Referenten die Wahlen für gültig erklärt.

2. Zur Einführung und Verpflichtung der neugewählten Stadtverordneten ergriff Herr Oberbürgermeister Reinefarth das Wort und führte etwa folgendes aus: Wir stehen in nächster Zeit vor Aufgaben, welche als recht wichtig und recht kostspielig bezeichnet werden müssen. Sie sind berufen zur Mitarbeit an dem Bau eines neuen Krankenhauses, Lehrerseminars, hiesigen Schlachthaus, an der Ausfüllung von Straßenspaltungen und der Weiterausdehnung der Kanalisation, dem Ausbau der sogenannten „langen Scheunen“ zur Straße und was sonst noch mehr sich findet. Bei allen Ihren Beratungen aber dürfen Sie keine Einzelinteressen vertreten, sondern Sie sind hier als Vertreter der Gesamtheit der Bürgererschaft und haben als Ziel stets das Wohl der Gesamtheit im Auge zu behalten. Ueben Sie Ihr Amt mit bestem Wissen und Gewissen aus und somit verpflichte ich Sie hiermit durch Handablag an Eidesstatt als Stadtverordnete. Mit dem Wunsche für ein weiteres Fortbestehen des guten und friedlichen Verhältnisses zwischen Magistrat und Stadtverordneten schloß der Redner. Nachdem der Vorsteher Herr Justizrat Baege die neuen Stadtverordneten begrüßt und ebenfalls den Wunsch für ein geblühendes Zusammenwirken ausgesprochen hatte, nahmen die Herren im Kollegium Platz.

3. Wahl eines Vorsitzenden, eines Schriftführers und ihrer Stellvertreter. Auf Vorschlag des Stadtv. Günther erfolgte die Wahl des Vorsitzenden per Affirmation, wobei der bisherige Vorsteher Justizrat Baege einstimmig wiedergewählt wurde. Als Stellvertreter des Vorsitzenden wurde mit 15 von 26 abgegebenen Stimmen Stadtv. Grempler gewählt. Als Schriftführer wurde einstimmig Stadtv. Heyne wiedergewählt und als Stellvertreter Stadtv. Eichardt neugewählt. Die Herren nahmen sämtlich die Wahl an.

4. Wahl der Wahlkommission. In die Wahlkommission wurden die Stadtv. Graul, Heyne, Regold, Richter, Tziels, Grempler und Blantenburg gewählt.

Die in der Erlebigung der Tagesordnung weiter fortgefahren wurde, machte der Vorsteher noch folgende Mitteilungen:

a) Am 19. Dezember hat eine außerordentliche Revision der Kammereasse und am 20. Dezember der Sparkasse stattgefunden. Es hat sich nichts zu erinnern gefunden.

b) Betreffs Festsetzung des Mietszinses der Kaserne des hiesigen Infanterie-Bataillons hat zwischen der Intendantur des 4. Armee-Korps und dem Magistrat ein Schriftwechsel stattgefunden. Danach ist der Mietszins für das Jahr 1906 auf 57 178,34 Mark festgesetzt und eine Nachzahlung für 1904 von 10 266,65 Mk. und 1905 von 10 152,70 Mk. von der Intendantur verlangt worden. Die Intendantur hat die Prüfung der Rechnungen noch nicht beendet und ist deshalb die Festsetzung des Betrages der Bau- und des Mietszinses vor dem 1. April 1906 nicht zu erwarten.

c) Der Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 13. Dez. v. J. betr. Festsetzung des Gehaltes des beforderten Stadtrates (4000 Mk. Grundgehalt, steigend von 3 zu 3 Jahren um 300 Mk. zuletzt 400 Mk. bis zum Höchstgehalte von 5000 Mk.) hat die Bestätigung des Bezirksausschusses erhalten unter der Voraussetzung, daß die Wahl des Stadtrates Robbe zum Bürgermeister unserer Stadt die königliche Bestätigung findet.

d) Der Entwurf des Kammeretatats liegt 2 Wochen zur Einsicht der Stadtverordneten im Kommunalbureau aus.

e) Aus Sparsamkeitsrücksichten hat der Magistrat die Mitgliedschaft des Vereins für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Berlin, welche einen jährlichen Beitrag von 100 Mk. erforderte, zum 31. Dezember d. J. gekündigt.

f) Der Magistrat hat zu einem außerordentlichen Stadttage der Provinz Sachsen am 12. Januar d. J. in Magdeburg eine Einladung erhalten. Es handelt sich um eine Besprechung derjenigen Bestimmungen im Entwurf des Schulunterhaltungs-gesetzes, die das Selbstverwaltungsrecht der Städte beeinträchtigen. Als Abgeordnete werden vom Magistrat Stadtrat Robbe und vom Stadtverordneten-Kollegium Justizrat Baege delegiert.

g) Oberbürgermeister Reinefarth teilt ferner eine erst kürzlich eingegangene Einladung des Deutschen Stadttages zu einem Zusammentritt am 15. Januar d. J. in Berlin mit betr. Stellungnahme zum Schulunterhaltungsgesetzentwurf. Der deutsche Stadttage, dem nur Städte über 30 000 Einwohner angehören, hat infolge der Wichtigkeit des Beratungsgegenstandes auch an einige kleinere Städte Einladungen ergehen lassen, unter denen sich auch Merseburg befindet. Oberbürgermeister Reinefarth bescheidet es als durchaus notwendig, daß gegen eine Beeinträchtigung des Selbstverwaltungsrechts der Städte gegenüber den Volksschulen, wie dies im Volksschulgesetzentwurf geplant ist, ganz energisch Front gemacht werden müsse. Als Abgeordnete zu diesem Stadttage werden ebenfalls die beiden vorher genannten Herren, als Stellvertreter Stadtv. Grempler bestimmt. Hierauf wird die Beratung der Tagesordnung fortgesetzt.

h) Gewerbliche Fortbildungsschule: a) Anstellung von Lehrern im Hauptamt. Referent Stadtv. Frauenheim. Der Leiter der hiesigen gewerblichen Fortbildungsschule, Herr Lehrer Kessel, hat an den Magistrat eine Denkschrift eingereicht, welche darauf hinausläuft, Lehrer der gewerblichen Fortbildungsschule im Hauptamt anzustellen. Die königliche Regierung hat sich ebenfalls mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt und der Stadt die Anstellung von 2 Lehrern der gewerblichen Fortbildungsschule im Hauptamt zum 1. April 1906 zur Erwägung empfohlen. Das Kuratorium der Schule hat sich gegen diese Anstellung ausgesprochen, dem der Magistrat mit der Begründung beigetreten ist, daß sich bei einer Anstellung die Zuschläge der Stadt immer mehr steigern, eine Mehrbelastung der Stadt aber schon durch die geplante Aufbesserung der Lehrgeldhalter eingetreten ist. Referent kam diesen Ausführungen nicht beipflichten und stellt im Interesse einer gefunden Weiterentwicklung der gewerblichen Fortbildungsschule den Antrag, Lehrer im Hauptamt anstellen zu wollen. Stadtv. Grempler spricht entschieden gegen eine Anstellung von Lehrern im Hauptamt, da dadurch die gewerbliche Fortbildungsschule die unbedingt notwendige Verbindung mit der Volksschule verlieren würde, erklärt aber die Anstellung eines Lehrers im Hauptamt als Leiter der Schule für eine Notwendigkeit. Oberbürgermeister Reinefarth hält auch die Anstellung eines Lehrers nicht für nötig und warnt vor den Konsequenzen, die eine Anstellung im Hauptamt nach sich ziehen würde. Vorläufig begnügt sich die Regierung mit dem, was erreicht werden kann. Erst nach und nach werden neue Forderungen, wie Bau einer selbständigen Anstalt, Anstellung von weiteren Lehrern u. s. w. gestellt, denen die Stadt dann nicht mehr ausweichen kann. Schon versteht die Regierung lediglich mit dem Leiter der Schule auf diesem Wege und die Stadt wird nur dann gefragt, wenn es sich darum handelt — zu bezahlen. Werden unerfüllbare Forderungen von der Regierung gestellt, so könne die gewerbliche Fortbildungsschule einfach aufgelöst werden, was aber nicht möglich sei, wenn an der Anstalt bereits Lehrer im Hauptamt vorhanden wären. Aus allen diesen Gründen sollte man garnicht erst mit der Anstellung von Lehrern im Hauptamt anfangen. Stadtv. Frauenheim hält nochmals im Interesse der Lehrlinge die Anstellung eines Lehrers als Leiter der Schule für richtig und beschließt seinen Antrag dahin. Oberbürgermeister Reinefarth spricht sich aber auch gegen die Anstellung eines Leiters im Hauptamt aus. Im Interesse der Schule aber werde die Errichtung von zwei neuen Klassen vom 1. April 1906 ab geplant.

Stadtv. Grempler hält den jetzigen Zeitpunkt für die Anstellung eines Lehrers im Hauptamt für günstig, da später vermeiden werde, daß irgend ein Lehrer sein Nebenamt verlieren würde. Da die Angelegenheit aber noch nicht hinreichend geklärt erscheint, beantragt er, daß dieser Punkt vertagt und zur weiteren Vorbereitung einer gemischten Kommission überwiefen werde. Diefem Vorschlage tritt auch der Referent Stadtv. Frauenheim bei und erklärt sich ebenfalls die Versammlung mit großer Majorität damit einverstanden. In die gemischte Kommission werden die Stadtverordneten Frauenheim, Graul, Grempler, Richter und Weidemann gewählt.







**\* (Benötigte Nahrungsmittel in Nord-Indien.)** In großer Zahl Nord-Indiens wird in den nächsten Monaten von ernstem Nahrungsmittelmangel bedroht sein. In vielen Distrikten werden bereits Hungertote beklagt und selbst wenn eine weltliche Hungertot verhindert werden sollte, ist eine Depressions- und große Zerstörung zu erwarten. Gesundheitlicher Mais ist im Preise bereits um 300 Prozent gestiegen. In Allahabad erreichten die Preise eine Höhe, auf der sie seit der großen Hungertot des Jahres 1896/97 nicht gefunden haben. Wie die Frühjahrsernte ausfallen wird, ist noch fraglich.

**\* (252 Millionen Mark für Schiffsbauten.)** Seit dem Jahre 1892 hat der Norddeutsche Lloyd für Schiffsbauten die Summe von rund 252 Millionen Mark ausgegeben, wovon 243 Millionen, also 96,5 Proz. der gesamten Aufträge, der deutschen Schiffsbauindustrie zuzurechnen, während die nichtdeutschen Vertrieben sich mit 4,5 Proz. begnügen mußten. In den letzten sechs Jahren hat er überhaupt keine Aufträge mehr an ausländische Werften ergehen lassen.

**\* (Ein Leidenzeng verhängt.)** Am Donnerstag passierte, so schreibt man aus Albertville (Savoien) ein Zug Weibtragner, der die Leiche eines jungen Mädchens zu Grabe trug, einen still abfallenden Bergabhang, als sich ein großer Felsblock loslöste und die Leiche mit mehreren Teilnehmern unter sich begrub. Mehrere Personen, die man nur mit großer Mühe retten konnte, sind tödlich verlest.

**\* (Eine großartige Stiftung.)** hat der bekannte radikale Politiker und Stadtrordener August Kayser in Pforzheim gemacht. Die Stadt hat ihm eine Wasserkraft, die sog. Biechwehr, wegen der Engpassstellen abkaufen müssen, um den Preis von 380000 Mk. Dafür stiftete man Kayser der Stadt dieselbe Summe und drei Grundstücke von 36 Ar zu einem Altersheim für Invaliden der Arbeit beiderlei Geschlechts.

**\* (Sonntagsruhe.)** Sämtliche kaufmännischen Vereine von Darmstadt haben sich für die Einführung der absoluten Sonntagsruhe von Sonnabend abends bis Montag früh erklärt.

**\* (Ein Aufsehen erregender Selbstmord.)** In einem Hotel der Berliner Friedrichstraße hat sich der Provinzialdiplomat A. D. Gehmeier Regierungsrat Dr. Robert Bilger erschossen, er hatte sich unter dem Namen eines Arztes Dr. Pfeifer aus München ins Fremdenbuch eingetragen. — Die Berliner Abendblätter melden weiter, daß der durch Selbstmord aus dem Leben geschiedene Dr. Robert Bilger, der als Vorgesetzter der königl. wissenschaftlichen Prüfungskommission für das höhere Lehramt noch bis zuletzt tätig war, seit einiger Zeit an hochgradiger Nervosität infolge geistiger Überanstrengung litt.

**\* (Von dem Attentat eines Meisters auf einen Leutnant.)** In Lübeck wird von dort weiter berichtet. Auf dem Hofe der neuen Kaserne in Lübeck übten die Mannschaften der neuen Kompanie Paradeübungen. Der Meist. Dr. Geyer aus Kellinghusen marschierte so schnell, daß Leutnant Geertlin ihn nicht abhalten konnte. Die Aufschreie wurden gleich ruhig. Der Meist. sprang aber plötzlich auf den Meist. zu und schlug mehrmals mit dem Gewehrstock auf ihn ein. Nach dem ersten Schlage, der die Gesichtshälfte traf und völlig ausrichtete, brach der Leutnant in die Knie. Die folgenden Schläge trafen zumeist den zum Schutze emporgeschobenen Arm. Einmal schloß er sich dem Meist. an den Hinterkopf und stieß ihn fest. Der Meist. mußte vom Hofe weggetragen werden. Eine Lebensgefahr soll indessen nicht bestehen. Leutnant Geertlin wurde erst im Frühjahr zum Offizier befördert. Ihm wird das Zeugnis eines sehr ruhigen und überall recht beliebten Vorgesetzten ausgestellt. Deshalb ist auch der Meist. um so unersättlicher zum Meist. Bericht wurde bekannt, daß der Meist. am Morgen auch

seinen Unteroffizier geschlagen hat. — Wie es heißt, soll der Kaiser sich einen ausständigen telegraphischen Bericht über diesen Vorfall eingehend haben.

**(Sieben Kinder von einem tollwütigen Hunde gebissen.)** Die Beschlagnahme eines Hundes von Tollmut bei einem Hunde zum Zwecke der Erhaltung anderer mit dem erkrankten Tiere in Verbindung gekommener Haustiere hat in dem Dorfe Darmhagen bei Lachau (Weißböhmen) zu einer verhängnisvollen Katastrophe geführt. Ein plötzlich von Tollmut befallener Hund ließ sich von der Kette los und kam, nachdem er mehrere Hunde und andere Haustiere gebissen hatte, auf den Ortshaus, wo er von den dort spielenden Kindern sieben biß. Die Untersuchung des gestrienen Tieres ergab das Vorhandensein von Tollmut. Es wurde festgestellt, daß der Hund schon vor längerer Zeit von einem wutverdächtigen Hunde gebissen, dies aber verheimlicht worden war. In dem Orte Hühlsdorf (Weißböhmen) starb dieser Tage ein Kind an Wutkrankheit.

## Neueste Nachrichten.

**Dresden, 9. Jan.** Der König hat die Rückkehr des Generalleutnants v. Trotha aus Südwestafrika zum Anlaß genommen, einer größeren Anzahl von Offizieren, die der Schutztruppe für Südwestafrika angehören bzw. angehört haben, Ordensauszeichnungen zu verleihen. Zu diesen Offizieren gehören die Generale v. Trotha und Zeuniger, die Obersten v. Deimling, Ohnsorg und Eben, die Oberstleutnants Gales de Beaulieu, v. Mühlensfeld, die Majore v. Neborn, Duade und Hauptmann Franke.

**Berlin, 9. Jan.** Das „Militärwochenblatt“ meldet: In der Schutztruppe für Südwestafrika sind folgende Veränderungen vorgenommen: Oberstleutnant v. Semmern ist von der Stellung als Kommandeur des 2. Feldregiments entbunden und Major und Bataillonskommandeur v. Göffert in 1. Feldregiment zum Kommandeur des 2. Feldregiments ernannt worden.

**Köln, 9. Jan.** Die „Köln. Zig.“ berichtet aus Paris von gestern: Es sei unrichtig, daß französische Kriegsschiffe in die Gewässer von Algerien geschickt werden sollen. In seiner Weise ist von einer solchen Rundgebung durch Kriegsschiffe die Rede, wovon einige Blätter wissen wollten.

**Köln, 9. Jan.** Unaufröhlige Regenwässer haben starkes Steigen des Rheins und seiner Nebenflüsse bewirkt. Von der Mosel, Saar und Nahe wird bereits Hochwasser gemeldet.

**Paris, 9. Jan.** Eine Note Rouviers bezeichnet alle Alarmmeldungen über die Marokkofronten als reine Börsenmanöver. Die friedliche Regelung der Angelegenheit wird laut „Magdeburger Zig.“ allgemein als richtig gesichert bezeichnet.

**London, 8. Jan.** Nach einer Privatmeldung der „Magdeburger Zig.“ erklären die meisten Mitglieder der Regierung in den Wahlparlamenten, daß man von der Konferenz in Algerien keinerlei Ver-

wandlungen befürchtet, wenn auch ein länger und mühseliger Verlauf voraussetzen sei.

**Moskau, 9. Jan.** Ueberall herrscht großes Elend. Nahrungsmittel sind furchbar teuer. Die Straßen sind wenig belebt.

**Warschau, 9. Jan.** Zwischen den Stationen der Wiener Bahn Zombowice und Raszyn überfielen 50 Benannte einen Personenzug mit Gefangenen, um diese zu befreien. Sie wechselten mit der Eskorte ungefähr 200 Schüsse. Ein Gefangener wurde leicht verletzt.

**Peking, 8. Jan.** Aus Charbin hier eingetroffene Kaufleute berichten, daß die russischen Behörden die Truppen so schnell als möglich in die Heimat zurückführen. Die Reisenden schildern die Truppen als unmittelbar vor der Meuterei stehend, da sie gedroht hätten, wie in Wladivostok zu brennen und zu plündern, wenn sie nicht in die Heimat geschickt würden. In letzter Zeit seien wiederholt Brandstiftungen vorgekommen. Die Eisenbahnangelegenheiten weigerten sich, ihren Dienst zu verrichten, soweit nicht Militärsache in Betracht kommen.

**Petersburg, 9. Jan.** (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein Telegramm des Generalgouverneurs Selschok aus Riga an das Ministerium besagt: Eine Abteilung Truppen, die nach Windau geschickt wurde, verhaftete das dortige sozialdemokratische Volkstribunal. Von den 16 Hauptredakteuren wurden bei dem Versuche zu fliehen drei getötet und einer schwer verwundet.

## Waren- und Produktenderte.

**Berlin, 8. Januar.** Weizen 1000 kg Mai 188,00 Juli 190,75, Sept. —, Mt. Roggen 1000 kg Mai 174,75 Juli 175,25 Mt. Sept. —, Mt. Hafer 1000 kg Mai 163,00 Juli 166,00 Mt. Mais 1000 kg rumber loco Mai 128,25, Juli —, Mt. Mais 100 kg Mai 51,30, Okt. 52,70 Mt.

Unter dem Einfluß der schwächeren amerikanischen Marktberichte und des milderen Wetters war die Tendenz insofern bei ruhigem Geschäft und leicht abdröckenden Berichten. Papier in feiner Ware stetig. Mais und Mühlgut kaum verändert.

## Durchschnittspreise in Merseburg

vom 31. 12. 1905 bis 6. 1. 1906.	
(pro 100 Kgr.)	gut gering (pro 100 Kgr.)
Weizen	15, — 16,00
Roggen	17,20 15,60
Gerste	18,50 15, —
Hafer	19,50 16, —
Erbsen, gelbe	24, — 20, —
Bohnen	36, — 27, —
Anten	69, — 50, —
Getreideweizen	4,50 2,00
Maisstroh	4, — 3,80
Kraummittel	3,40 3, —
	Eier pro Schuß 5,20 4,80

Marktpreise der festen in der Woche vom 31. 12. 05 bis 6. 1. 06.  
pro Stück 15, — Mt. bis 21, — Mt.

## Anzeigen.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion die Verantwortung gegenüber keine Verantwortung.

### Familien-Nachrichten.

**Todes-Anzeige.**  
Am 8. d. M., früh um 5 Uhr, verstarb nach schweren Leiden unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Wäcker

**Paul Gerhardt**  
in seinem 25. Lebensjahre.

Wies zeigen hierüber an.  
Familie **Schödel** nicht geschwiebert.  
Die Beerdigung findet Donnerstag den 11. d. M. nachmittags um südlichen Krankenhause aus statt.

Einige Kranzbinden bitte bei **W. Stögel**, Hallestraße 24 b, abzugeben.

**Dank.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis unseres lieben Kindes sagen Allen tiefgefühltesten Dank.  
Die trauernde Familie **Böttcher.**

**Dank.**  
Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Begräbnis unseres lieben Sohnes

**Otto Sommer**  
sagen Allen, welche den Sarg des Dahingegangenen mit Kränzen und Kranzen schmückten und ihn zur letzten Ruhe geleiteten, unsern herzlichsten Dank. Insbesondere Dank Herrn Pastor Wollert für die ergreifenden Worte im Hause und am Grabe sowie Herrn Kantor Hermann mit seiner Schlingenglocke für die so herzergebend gehaltenen Dank für die geleistete Trauermusik sowie Allen von Nahe und Fern, welche ihre Teilnahme bei diesen Trauerfeierlichkeiten. Möge der Allmächtige jede Familie vor derartigen traurigen Schicksalsfällen bewahren.

Spegau, den 7. Januar 1906.

**Die trauernden Dinterbliebenen.**

Die Stelle eines Volzhaltungsbeamten ist sofort anderweitig zu besetzen. Anfangsgesamt einschließlich Wohnungsgeldzuschuß jährlich 950 Mk. Militäranwärter wollen sich schleunigst melden.  
Merseburg, den 6. Januar 1906.

**Der Magistrat.**

Die Stelle eines Volzhaltungsbeamten ist sofort anderweitig zu besetzen. Anfangsgesamt einschließlich Wohnungsgeldzuschuß jährlich 950 Mk. Militäranwärter wollen sich schleunigst melden.  
Merseburg, den 6. Januar 1906.

**Der Magistrat.**

## Dank.

Für die herzliche Teilnahme, welche uns bei dem schweren Verlust unseres teuren Entschlafenen in so reichem Masse von allen Seiten entgegengebracht worden ist, sagen Allen herzlichsten Dank.  
Trebnitz, den 9. Januar 1906.

Die trauernde Familie **Götze.**

Der Wohnungsplan für die Unterverwaltung ist insofern abgeändert, als für die städtische Seite dieser Straße vorgesehene sind. Der abgeänderte Plan liegt vom 13. d. Ms ab zum 13. Februar cr. im Kommunalbüro zu Jedermanns Ansicht offen. Einwendungen gegen denselben sind während dieser — präklausischen — Zeit bei und einbringend.  
Merseburg, den 9. Januar 1906.

**Der Magistrat**

**Auktion**  
im städt. Leihhause zu Merseburg  
Mittwoch den 7. Februar 1906  
von 9 Uhr ab

der nicht eingetragenen Grundstücke von 18101 — 18100, gelbe Flurstück, enthaltend Gold- u. Silbergegenstände, Kleidungsstücke, Federbetten, Waare etc.  
Die etwaigen Uebersehbare können binnen Jahresfrist in Empfang genommen werden.  
Merseburg, den 9. Januar 1906.

**Der Verwaltungsrat.**

**Jagdverpachtung.**  
Freitag den 12. Jan. 1906, mittags 1 Uhr, wird im **Waldhaus** die Jagd verpachtet.

Eine Wohnung ist zu vermieten. Preis 32 Taler.

Wohnungshalber ist die 1. Etage, 4 Räume, Küche und Zubehör, zu vermieten und sofort oder 1. April zu beziehen. **Wilmshausstr. 1.**  
Große und kleine Stube nebst Zubehör an einzelne Leute zu vermieten und 1. April zu beziehen. **Gothardstr. 31.**

Eine Wohnung für 43 Taler ist zu vermieten und 1. April zu beziehen. **Geiselschloß.**  
Wohnung an einzelne anständige Leute zu vermieten und 1. April oder etwas früher zu beziehen. Preis 38 Taler. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Wohnung mit Zubehör zu vermieten und 1. April zu beziehen. **Preussenstr. 4.**  
Wohnungshalber ist die 2. Etage **Kindenstraße 10** am 1. April zu beziehen. Näheres daselbst.

**Karlstraße 17**  
ist die 1. Etage zu vermieten und 1. Juli d. J. eventl. früher zu beziehen. **Otto Stewich.**  
Ein kleines Logis an kinderlose Leute zu vermieten und 1. April zu beziehen.

**Gothardstr. 5 I.**  
Eine Wohnung an ruhige Leute zu vermieten. Preis 180 Mk. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Eine kleine Wohnwohnung, Stube, Küche, Kammer, Keller, passend für ein Paar ältere oder mittlere Leute, zum 1. April zu vermieten.

**Bornewalder**  
— Eine fremdbildige Stube ist an eine einzelne Frau zu vermieten und 1. April zu beziehen. **Tiefer Keller 1.**

**Friedrichstraße 9 und 9 a**  
sind 2 Wohnungen a 144 Mk., 3 Räume und Zubehör, b. 180 Mk., 6 Räume u. Zubehör, zu vermieten und 1. April zu beziehen.

**Elternberg 25** sind 2 Wohnungen zu vermieten und 1. April zu beziehen. Zu erfragen bei **A. Reichel**, Burgstraße 8.

Stube, Kammer, Küche zum 1. April zu beziehen. **Kennart 71.**

Prül. Wohnung, bestehend aus 2 Stuben, 2 Kammern, Küche und sonstigem Zubehör fortzugsfähig per 1. April zu vermieten.

**Unteraltendurg 26 I.**  
Wohnung, 2. Etage, Vorderhaus, bestehend aus 3 Zimmern, Küche, Manfardenzimmer und Zubehör, ist 1. April beziehbar. **Kurgstr. 9.**

Ein logis Stube und Kammer, Preis 26 Taler, ist an einzelne Leute sofort oder 1. April zu vermieten. **Schmalzer 1.**

Wohnung, Stube, Kammer, Küche und Zubehör, zu vermieten und Ostern zu beziehen. Preis 46 Tl.

4 Wohnungen, bestehend aus je 2 Stuben, Kammer, Küche, Speisekammer und Zubehör, sofort zu vermieten und 1. April 1906 zu beziehen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

2 Wohnungen, bestehend aus je 4 bezüglichen Zimmern, 2 Kammern, Küche, event. Badestube, Speisekammer und Zubehör, zum Preise von 430 Mark und 470 Mark sofort zu vermieten und 1. April 1906 zu beziehen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

**Christiansstr. 1** sind bessere Wohnungen zu vermieten und 1. April zu beziehen. Parierter Wohnung 400 Mk., Manfarden-Wohnung 180 Mk., Manfarden-Wohnung 60—100 Mk.

An der weißen Mauer sind Wohnungen 1. Juli zu beziehen. 2. Etage 300 Mk., Manfarden-Wohnung 200 Mk. Zu erfragen bei **Fr. Dietrich**, gr. Ritterstr. 17.

Wohnung, 2 Stuben, 3 Kammern, Speisekammer, Küche nebst Zubehör und Gartenbesetzung zu vermieten und 1. April 1906 beziehbar. Zu befristigen mittags von 11 bis 1 Uhr. **Markt 38.**

— Eine Wohnung, 2 Stuben, Kammer, Küche und Zubehör, zu vermieten und 1. April 1906 zu beziehen. **Globianerstr. 11.**

— Fremdbildige Wohnung, Stube, 3 Kammern, Küche und Zubehör, an ruhige Leute zu vermieten und 1. April zu beziehen.

— 1. Ritterstraße 17 I.

1. Etage, 2 Stuben, 2 Kammern, Küche und Zubehör, 1. April zu beziehen.

**Delgrube 20 21.**

Zunge ausländische Leute

**Juden Wohnung**  
zum Preise von 40—50 Talern. Offerten an 101 an die Exped. d. Bl.



